

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postgeltungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brey. Druck von C. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Unsere Festschrift.

„40 Jahre Kampf“, so wird der Titel unserer Jubiläumsschrift lauten. Umfangreiches geschichtliches Material ist in diesem Buche zusammengetragen, und jedes Mitglied, das sich innerlich mit dem Verbands verbunden fühlt, sollte diese „kleine Verbandsgeschichte“ mit den zahlreichen Illustrationen sein eigen nennen. Der Wert eines solchen Buches wird in der Regel erst dann erkannt, wenn es nicht mehr erhältlich ist. Deshalb empfehlen wir unsern Mitgliedern, sich bei ihrer Zahlstellenleitung zeitig eine Jubiläumsschrift zu sichern. Der Preis wird eine Mark nicht übersteigen.

Louis Bruns Jubilar.

Auch er ist einer von den ersten, die zur Organisation kamen. In Burgwedel als Sohn armer Eltern geboren, besuchte er in seinem Geburtsort die Volksschule, die nur spärliches Rüstzeug mit auf den Lebensweg gab. Mit 14 Jahren aus der Schule entlassen, arbeitete er zunächst einige Jahre auf dem Lande. Da hieß es jeden Tag lange und mühsam zu arbeiten. Ah, wie spärlich war die Freizeit bemessen! Aber trotzdem suchte der grübelnde junge Geist bereits nach einem Ausweg aus den endlos langen Arbeitstagen, zu denen noch ein halber Tag Sonntagsarbeit kam. 1891 kam er nach dem nahen Hannover, wo er 15 Jahre in der Gummiindustrie arbeitete. Schon 1892 sehen wir ihn als Mitglied seiner Organisation, des Fabrikarbeiterverbandes. Rasch hatte er gefaßt, was des Proletariats Pflicht sei, und so suchte er sie anderen Arbeitskollegen zum Bewußtsein zu bringen; d. h. er trieb vorwärts, agitierte, weckte und — der Gegner erkannte die Gefährlichkeit dieses uneigennütigen Menschen, dessen Blick zu weit reichte, der tausendmal mehr das Wohl der Klassengenossen im Auge hatte als sein eigenes. Maßregelung, damit er fühle, was es heißt hilflos und edel zu sein. Du sollst büßen, wenn du dich erkühnst, gegen die kapitalistische Front die Fahne zu tragen. Erfahren sollst du, was es heißt, gegen deine „Herren“ zur Sammlung zu rufen.

Aber der Pfeil gegen den Kollegen Bruns traf den Schützen. Im Hauptbüro des Fabrikarbeiterverbandes fand Kollege Bruns zunächst provisorisch Arbeit als Hilfsarbeiter. Am 1. Juni 1905 wurde er dann fest angestellt. Nunmehr konnte er seinem inneren Drang entsprechend seine ganze Kraft während seiner freien Zeit der Organisation zur Verfügung stellen. Bruns war schon immer ein unruhiger Geist, immer strebend nach Vervollkommnung seiner selbst und der Organisation. Vorwärts, vorwärts, Aufbau, Ausbau, nie rasten, so drängte es ständig aus Bruns heraus. Seine motorische Energie, die unaufhörlich nach Ausweitung und Vertiefung strebte, untersuchte jedoch immer gründlich den Weg, der zum Ziele führt. Seine Leidenschaft war stets gehandigt durch Überlegung. Solche Menschen nennen wir im Verbandssinne eine gute Kraft. Kollege Bruns ist für den Gegner ein gefährlicher Feind, aber sein Gerechtigkeitsgefühl hindert ihn immer, die gebotene Grenze zu überschreiten. Das sichert ihm die Achtung bei Freund und Feind. Hinter Bruns' gelegentlicher Schärfe verbirgt sich eine fast grenzenlose Tiefe des Gemüts, die im Verbandsleben sich auswirkt. Der Feinfühlende empfindet diese seelische Eigenschaft auch da noch, wo Bruns hart sein muß. So sehen wir ihn als Menschen und Kollegen.

Eine rastlose Arbeit hat unser Jubilar hinter sich. Seit er im Verbandsmitglied ist, gehört er dem Verbands ganz. Schon sehr früh betätigte er sich als Hilfskassierer, als Betriebsvertrauensmann, als Mitglied des Gauvorstandes, in der Sozialdemokratischen Partei und so weiter. Louis Bruns war noch Mitglied der Zahlstelle Hannover-NO. Nachher, als die hannoverschen Zahlstellen zu einer einzigen vereinigt wurden, war er Mitglied der Ortsverwaltung von Hannover im Jahre 1911, als er den Gauleiterposten im Gau 13 in Frankfurt a. M. antrat.

Wie sehr der Kollege Bruns auch unter den Gauleitern geschätzt ist, beweist die Tatsache, daß sie ihn zu ihrem Obmann bestimmt haben. Der Schreiber dieser Zeilen ist von den Gauleitern im Reich — ohne Ausnahme — beauftragt, in ihrer aller Namen dem Kollegen Bruns zu seinem Ehrenfest die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen.

Der Jubilar hatte in seinem Gau bereits zwei Vorgänger. Die beiden vor ihm amtierenden Gauleiter haben nicht befriedigt. Das Vertrauen der Mitgliedschaft hat darunter gelitten. Der Kollege Bruns hat das Vertrauen wieder zurückerobert, und das dankt ihm die Organisation an seinem Ehrenfest. Daran konnten auch die kommunistischen Niedrigkeiten nicht rütteln, die in der chemischen Großindustrie lange Zeit eine Pflanzstätte hatten. Klarheit und Wahrheit haben gegen Verwirrung und Unwahrheit.



Möge der Kollege Bruns noch recht lange der Konzentrationspunkt sein im Gau 13 zum Wohle der Mitgliedschaft seines Gaus, und der Gesamtorganisation.

Martin Schwarz 25 Jahre Angestellter.

Martin Schwarz ist am 11. Mai 1867 zu Sternberg in Mecklenburg als Kind einer Landarbeitersfamilie geboren. Schon vom 9. Lebensjahre an mußte er in den Sommermonaten als Hütejunge in der Landwirtschaft sein Brot selbst verdienen. Auch nach Beendigung der Schulzeit bis zu seinem 24. Lebensjahre war er in der Landwirtschaft bei Bauern als Hofgänger, Knecht und zuletzt als freier Arbeiter beschäftigt.

Im Jahre 1892 übersiedelte er nach Hamburg und war in den verschiedensten Industriegruppen, wie Chemie, Spritfabrik, Baugewerbe, Blfabrik usw., tätig. — Schon nach kurzer Zeit wurde er mit der Parteibewegung vertraut, und 1893 trat er der SPD bei. In den späteren Jahren lernte er auch die Gewerkschaftsbewegung näher kennen, und bereits 1896 sehen wir ihn als Mitglied unseres Verbandes. Hier wurde er eifriger Mitarbeiter und war jederzeit zur Stelle, wenn es galt, wichtige Verbandsarbeiten zu erledigen. — Er wurde dann infolge seiner unermüdbaren Tätigkeit durch das Vertrauen, das er bei allen Mitgliedern genoss, als Hilfskassierer gewählt. Er war längere Zeit Mitglied der Ortsverwaltung der Zahlstelle Rothenburgsort, bis sich diese Zahlstelle im Jahre 1904 der Zahlstelle Hamburg angeschlossen.



Auch in der neuen, größeren Zahlstelle war er eifrig tätig. In einer Mitgliederversammlung am 24. Mai 1905 beschäftigte man sich mit der Anstellung von besoldeten Hilfskassierern. Auf Grund der Ausschreibung sind 11 Bewerbungen eingegangen. Von den 11 Bewerbern wurden fünf gewählt, von denen Kollege Schwarz die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen, und zwar 167 von 246 gültigen Stimmen, erhielt. Obwohl die Anstellung erst in der Versammlung am 26. Juni 1905 beschlossen wurde, war Kollege Schwarz bereits seit dem 1. Juni im Büro der Zahlstelle zur Einarbeitung tätig.

Des weiteren beteiligte sich Kollege Schwarz im Jahre 1900 sehr eifrig mit als Gründer der „Produktion“, eines der größten Konsumvereine in Deutschland. Außer seiner Arbeit für den Verband war er auch Mitglied der Zahlstelle

schafftskartell, und 1907 sehen wir ihn bereits als Mitglied des Gauvorstandes. Als sich dann die Arbeiten in der Gauleitung immer mehr häuften und Kollege Borger sie allein nicht mehr bewältigen konnte, wurde Kollege Schwarz am 1. Februar 1909 als zweiter Gauleiter für den damaligen Gau 13 gewählt.

Von da an bis heute vertrat in der Hauptsache die keramische Industrie und erledigte die Kassengeschäfte des Gaus.

Seit nunmehr dreißig Jahren dient Kollege Schwarz der Organisation und hat seitdem viel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitgliedschaft des jetzigen Gaus 15 beigetragen.

Wir wünschen daher, daß es ihm vergönnt sein möge, in voller Gesundheit im bisherigen Sinne weiterzuwirken.

Rationalisierung.

Sozialwirtschaftliche Studie von Heinz Bach.

Das Schlagwort Rationalisierung ist die Richtschnur der heutigen Industrie, des Handels, des Gewerbes, kurzum des gesamten Wirtschaftslebens und darüber hinaus der Wegweiser unserer Zivilisation und Kultur.

Zunächst muß einwandfrei festgestellt werden, aus welchem sprachlichen Begriff das Wort „Rationalisierung“ entstanden ist. Jahrhundertlang gehörte der Begriff „rational“ zum Bestandteil jener Wissenschaften, die rein verstandes- und vernunftgemäß nur Tatsachen, zu ihrer Beweisführung verwandten. Diese Wissenschaften wurden (und werden) unter dem Sammelnamen „Rationale Wissenschaften“ zusammengefaßt, im Gegensatz zu den „Irrationalen Wissenschaften“, die ausschließlich oder aber fast ausschließlich mit metaphysischen (Annahme [Glaube!], daß sich irgend etwas soundso verhält) Beweisen operierten. „Ratio“, lat. die Vernunft, aus welchem Ursprungswort der Begriff rational entstanden ist. Der Begriff rational hat, nachdem er einmal in die industriellen und merkantilen (kaufmännischen) Bezirke eingedrungen war, seine Bedeutung verändert. Die Umwandlung des ursprünglichen Begriffes ist durch die Worte „Rationalisierung“ und „rationell“ gekennzeichnet. „rational“ in bezug auf Wissenschaften, „rationell“ in bezug auf Industrie, Handel usw.

Arbeits-Wissenschaften kann man nicht rationalisieren. In ihnen ist etwas rein Geistiges enthalten und das läßt sich nicht schematisieren oder gar in Form von Kugelfekten berechnen. Das gleiche geistige Moment ist auch in der Arbeitshypothese enthalten und wird durch den Menschen, den Arbeitnehmer, dargestellt. Der Mensch aber besteht nicht nur aus meßbarer Arbeitsleistung, materiellem Verstand und Handeln, sondern auch aus geistigen, seelischen Bestandteilen und er ist kein Ding oder ein totes Stück Sache, die man als Zahl in eine Kalkulation einsetzen kann. Das Rationalisieren, wie es heute gehandhabt wird, erstreckt sich nicht nur auf den jeweiligen Arbeitsvorgang und — auf das Technische des Rationalisierens, sondern auch der Mensch wird in die Rechnung mit eingeseht und es wird über ihn mit rückwärtsloser Willkür verfügt. Die katastrophalen Folgen, wie sie die Gegenwart jetzt schon zeitigt, sind für das Volksganze unabsehbar. Hier offenbart sich der ganze Wahnsinn und die Hohlheit unserer zur Zivilisation erstarrten Kultur, daß einerseits eine Maschine, von wenigen Menschen bedient, für hundert und aber hundert andere Menschen mitarbeiten kann und daß durch unsere hochentwickelte Technik auf allen Gebieten sehr wohl für alle Menschen günstigere Daseinsbedingungen geschaffen werden können und andererseits statt dessen: Brachlegung produktiver Arbeitskräfte, wirtschaftliche Not in den unteren und mittleren Volkskreisen, Senkung des geistigen Niveaus, Hoffnungslosigkeit und dergleichen mehr. So werden breite Massen des Volkes dem staatszerstörenden Gedanken in die Arme getrieben. Es muß die vornehmste Aufgabe aller Angehörigen der arbeitenden Klasse sein, sich diesem Chaos entgegenzustemmen und durch Bildung einer geschlossenen Front ihre Forderungen durchzusetzen. Es geht nicht nur um Essen und Trinken, um Mehrverdienst und billige Profitmacherei, sondern es geht um mehr, es geht um Sein oder Nichtsein weiser Volksschichten. Dieser Kampf gegen die wirtschaftliche Verklammerung der arbeitenden Klasse wird international geführt, da ja auch die Gegenseite, das Kapital, international eingestuft ist. Nicht nur materiell wirkt sich das Rationalisieren aus, sondern in größerem Maßstabe auch ideell, da Millionen von Menschen eigentlich überflüssig sind. Sie sind aus dem großen Wirtschaftskomplex der Arbeit ausgeschaltet. Viele Arbeitslose haben die Hoffnung auf Wiedereinstellung längst aufgegeben. Es wäre hier Sache des Staates sich nicht zum Spielball privater Machtgruppen stempeln zu lassen, sondern energisch einzugreifen und einen Ausgleich zu schaffen. Es ist schon so viel über dieses Problem geschrieben worden, daß es endlich einmal an der Zeit ist, tatkräftig einzuschreiten, um Millionen von Menschen vor dem wirtschaftlichen und ideellen Untergang zu retten, soll nicht die Schuld an diesem Verderben mit doppelter Wucht auf die Urheber

Kampf der Satten gegen die Hungrigen.

Die Arbeiterfamilien und insbesondere die Familien der Arbeitslosen sind das Hungern gewohnt, also können sie noch mehr hungern. Das scheint den bürgerlichen Parteien des Reichstags so selbstverständlich, daß sie keine Bedenken tragen, das gefährliche Experiment zu wagen und die Arbeitslosenversicherung erheblich abzubauen. „Reform“ hat man das geplante Vorkat verschämterweise getauft. Sie scheuen sich, das nackte Wort „Abbau“ zu gebrauchen, und es ist doch nichts anderes, was sie vorhaben. Damit das böse Werk gelänge, mußte die Sozialdemokratie, die einzige Arbeiterpartei, aus der Regierung verdrängt werden. Und nun, nachdem der erste Streich gelungen, folgt hinterher der zweite. Der erste war Mittel, der zweite ist Zweck. Zweifellos ist es leichter, die Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, als die Arbeitslosigkeit. Die Krise des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Monaten weiter verstärkt. Anfang Mai waren noch 1 760 000 Unterstügte in der Arbeitslosenversicherung und weitere 320 000 in der Krisenunterstützung. Hinzu kommen etwa 350 000, die als Ausgesteuerte von den Gemeinden unterstügt werden müssen. Trotz des Frühjahrs sind zusammen mit den Nichtunterstügten noch mindestens drei Millionen Arbeiter ohne Arbeit. Die Reichsregierung ist um so mehr in großer Bedrängnis, als ihre Liebesgabenpolitik an die Landwirtschaft, die Osthilfe u. a. die Bereitstellung unvorhergesehener großer Mittel fordert. Um so entschiedener bekämpft sie daher den Raub an den Arbeitslosen.

Für diese Aktion sucht die Reichsregierung nach einem „Gutachten“, das die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in der Öffentlichkeit rechtfertigen soll. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hatte das „Gutachten“ zu erfassen.

Eine Entscheidung im Vorstand der Reichsanstalt wird aber zur politischen Aktion mit ungleich verteilten Kräften, weil die 5 Arbeitnehmervertreter unter 16 Vorstandsmitgliedern aufgespalten sind unter die freien, christlichen und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften, so daß die freien Gewerkschaften als Sachverwalter von mehr als 5 Millionen organisierten Arbeitnehmern nur 3 Stimmen haben.

Der Vorstand hat in den letzten Tagen trotzdem die Beratungen durchgeführt. Wenn sich die Vertreter der freien Gewerkschaften entgegen ihrer grundsätzlichen Ablehnung an den Beratungen beteiligten, so nur, weil sie jede Gelegenheit benutzen müssen, den Unterstühtenabbau zu bekämpfen und um konkrete Vorschläge zu machen, wie bei Aufrechterhaltung der Leistungen die Kostendeckung auch in der Zeit einer abnormen Arbeitslosigkeit ohne ernste Gefährdung der Reichsfinanzen durchgeführt werden kann. Ihre Vorschläge enthielten im wesentlichen folgendes:

Kein Abbau der Leistungen. — Erhöhung des Beitrages auf 4 v. H. Grundsätzliche Beteiligung des Reichs an der Kostendeckung entweder durch Drittelung des Beitrages der Gestalt, daß das Reich laufend 1 1/2 v. H. des Lohnes der zu Versicherenden leistet, oder die laufende Zahlung eines bestimmten Prozentsatzes für jeden einzelnen Unterstühtenfall.

Erhebung eines allgemeinen Notopfers als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer für alle „Höherverdienenden“. Letzteres soll die für 1930 zu erwartenden Zuschüsse des Reichs decken. — Aufhebung der Ausnahmebehandlung der Landwirtschaft durch Verzicht auf die Versicherungsfreiheit für landwirtschaftliche Arbeitnehmer. — Die finanzielle Auswirkung dieser Beschlüsse würde die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch dann sichern, wenn wirklich durchschnittlich 1,5 Millionen Versicherte unterstügt werden müssen, ohne daß ein Abbau der Leistungen notwendig wäre. Weiter wurde vorgeschlagen: Endliche Einführung der Meldepflicht für offene Stellen, um die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter auszubauen. — Verbesserung des neuen § 89 a, der eine unerträgliche Ausschaltung von Arbeitslosen darstellt. — Abänderung des neuen § 107 c dahingehend, daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. — Verbesserung betr. das Arbeitsverhältnis der Rosslandsarbeiter. — Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die handgewerblichen Berufe, wobei die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit erstreckt werden soll.

Im Vordergrund der Debatte stand der aus den Verhandlungen des früheren Sachverständigenausschusses bekannte, von den damaligen Zentrumsvertretern aufgestellte Grundsat (der bezeichnenderweise auch heute noch den Namen „Leusch-Riesener“ führt), wonach die volle Unterstühtung nur solche Arbeitslose erhalten sollen, die mindestens eine durch Unterstühtungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen haben, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer Teilunterstühtung berechtigen soll. Daneben lagen Anträge vor, die das Verlegen der Unterstühtung an Jugendliche und über Fünfundsiebzigjährige, Änderung bezüglich der Anwartschaften, grundsätzlichen Unterstühtungsanspruch bei freiwilliger Arbeitsaufnahme und andere Verschlechterungen forderten.

Das Gesamtergebnis ist für die Versicherten unerträglich, denn es bringt ein Leistungsabbau, der die große Masse der Arbeitslosen emporen wird.

Die freien Gewerkschaften waren bereit, für einen Beitrag von 4 v. H. zu stimmen, jedoch nur, wenn die Unterstühtungen keinerlei Abstriche erfahren. Die Folge war zunächst eine Ablehnung aller diesbezüglichen Anträge. Nach einem langwierigen Schachern zwischen Arbeitgebern, Vertretern der christlichen und der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften und den Vertretern der offiziellen Körperschaften kam folgendes Kompromiß zustande, das vom Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums eingebracht wurde: Für alle Versicherten mit geringerer als 52wöchiger Anwartschaft sollen die Krisenbezüge gekürzt werden (diese Regelung ist als dauernd gedacht, nicht wie im Vorschlag des Präsidenten zum Ausdruck kam, nur für die Zeit eines prozentigen Beitrages). Die Familienzuschläge sollen nach der eigentlichen Lohnklasse berechnet werden. Die Sonderregelung für Saisonarbeiter fällt fort und es wird ein künftiger Beitrag erhoben. Dieser Vorschlag wurde nun mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Obwohl er auch die Beitragserhöhung vorsah, stimmten drei der Arbeitgeber für ihn, ebenso vier Vertreter der öffentlichen

Körperschaften, die Vertreter der christlichen und der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften und der Präsident.

Um die Ungeheuerlichkeit dieses Beschlusses voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein außerordentlich großer Teil der deutschen Arbeitnehmer überhaupt nicht mehr in Dauerstellungen kommt. Vergeblich war jedes Bemühen, nachzuweisen, daß diese Verschlechterung in höchstem Grade unsozial ist, weil sie gerade denjenigen Arbeitslosen, der durch die Ungunst des Arbeitsmarktes nur kurzfristig beschäftigt wird, der immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen muß, also den Unglücklichsten trifft. Die christlichen Gewerkschaften haben sich leider unter dem Vorwand, daß man die Grundlagen einer „Versicherung“ beachten müsse, schon bei den früheren Verhandlungen zu diesen unsozialen Grundsatzen bekannt. So auch jetzt. Sie wollen insbesondere damit erreichen, daß eine Sonderregelung für Saisonarbeiter überflüssig gemacht wird. Da ja gerade der Saisonarbeiter keine 52 hintereinander liegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt er naturgemäß fast immer unter diese einschränkende Bestimmung. Den Massen wird aber nicht gesagt, daß die besondere Saisonarbeiterunterstühtung sich bisher nur auf einen Teil des Jahres, nämlich auf 3 bis 4 Monate, erstreckt und daß auch die Saisonarbeiter in den übrigen Monaten des Jahres

Kapitalisten

Lantienbeziehler, vielfache Aufsichtsräte, die keine nutzbringende Arbeit leisten, sondern mit ihrem ganzen Anhang von der Arbeit anderer leben,

sind

die unerfreulichste Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Besitzer aufgekaufter und nachher stillgelegter Betriebe erhalten

eine

dauernde Rente, die sich von Generation zu Generation vererbt. Auch die Großgrundbesitzer wollen nicht zurückbleiben, und deshalb sollen sie aus der Reichskasse gefüttert werden. Dafür sollen

Soziale

Einrichtungen abgebaut, insbesondere soll die Arbeitslosenversicherung bedenkend verschlechtert werden. Zugunsten jener unerfülllichen Kreise sollen die Arbeitslosen mit ihren Familien noch mehr hungern als bisher schon. Die Arbeiterschaft soll die ganze

Last

des Youngplanes tragen. Durch Stilllegungsandrohung erpressen die Unternehmer Lohnabbau. Um den Armen zu nehmen und den Reichen geben zu können, wurde die Sozialdemokratie aus der Regierung gedrängt und hat der Zentrumskanzler Brüning mit dem Paragraphen 48 gedroht,

Anspruch auf die volle Unterstühtung haben. Sie werden jetzt während des ganzen Jahres nur die Krisenbezüge beziehen können, und um eine „Gerechtigkeit“ herzustellen, erstreckt man diese Regelung auch auf alle anderen Arbeitnehmer. Es ist also nichts wie Schammschlägerei, wenn die christlichen Gewerkschaften behaupten, diese Regelung löse das Saisonarbeiterproblem und stelle eine höhere Gerechtigkeit dar. In Wirklichkeit ist sie viel unsozialer als die bisherige Saisonarbeiterregelung.

Obendrein ist ein Vorschlag angenommen, wonach die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Berufe, die durch die Verordnung als sogenannte Saisonberufe anerkannt sind, einen Zuschlag zu dem allgemeinen Beitrag leisten sollen. Den Angehörigen von Saisonberufen wird die Unterstühtung für das ganze Jahr verweigert. Dafür sollen sie vielfach höhere Beiträge zahlen. Nur die drei freigewerkschaftlichen Stimmen wandten sich gegen diesen unerhörten Antrag.

Mit 8 zu 8 Stimmen wurde beschlossen, daß Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr nur dann Unterstühtung beziehen sollen, wenn sie keinen familientrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Daß auch diese Bestimmung im höchsten Grade unsozial ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu beweisen.

Gleichfalls mit 8 zu 8 Stimmen wurde beschlossen, daß für Arbeitslose, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, der Unterstühtungsanspruch erlischt.

Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstühtung beziehen, so soll die eine dieser Unterstühtungen um die Hälfte gekürzt werden, und zwar die niedrigste. Dies soll nicht gelten, wenn die Ehegatten Kinder unter 14 Jahren oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen haben. Dieser Antrag wurde unter Mitwirkung der Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen.

Beschlossen wurde eine Verschlechterung in der bisherigen Anwartschaftsberechnung zwischen Krisen- und ordentlicher Unterstühtung.

„Geringfügige Beschäftigungen“ (das sind nach dem Gesetz solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern, oder für die nicht mehr als 8 Mk. wöchentliches Verdienst erzielt wird) sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein. Das würde bedeuten, daß künftig zahlreiche Arbeitnehmer (Heimarbeiterinnen, Baristinnen, Zeilungssträgerinnen usw.), die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen, von der Versicherung ausgeschlossen und im Falle der Arbeitslosigkeit an die Wohlfahrtspflege verwiesen würden.

Beschlossen ist weiter, vorzuschlagen, daß künftig auch landliche Gefinde versicherungspflichtig sein soll, soweit es nicht einen Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahr oder mit 20wöchiger Kündigung hat.

Gegen die Stimmen der Arbeitgeber wurde beschlossen, daß der § 107 c sich künftig nur auf die eigentlichen „Wanderarbeiter“ erstrecken soll und daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen.

Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde auf Antrag der freien Gewerkschaften beschlossen, daß die Krisenunterstühtung sich auf alle, insbesondere auch auf die handgewerblichen Berufe erstrecken und daß die Bezugsdauer der Krisenunterstühtung die Dauer der Arbeitslosigkeit umfassen müsse.

Die Anträge der Gewerkschaften, endlich die Meldepflicht der offenen Stellen einzuführen, wie überhaupt den Arbeitgeber stärker an die öffentliche Arbeitsvermittlung zu binden, wurden, wie vorauszu sehen war, abgelehnt.

Bezüglich der Deckung der gerade infolge der sich verschärfenden Arbeitslosigkeit besonders bösen Finanzlage, die das Reich zu erheblichen Zuschüssen oder Darlehen zwingt, hatten die freien Gewerkschaften beantragt, dem Reich die Erhebung eines allgemeinen Notopfers, das alle Einkommen der Höherverdienenden erfassen sollte, vorzuschlagen. Gegen eine Beschlussfassung wehrten sich fast alle übrigen Mitglieder, weil es angeblich nicht zur Kompetenz des Vorstandes gehöre, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. In Wirklichkeit war das Motiv, zu verhindern, daß etwa das von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geforderte allgemeine Notopfer an dieser Stelle Unterstühtung fand.

Wir haben Wege gewiesen, wie die Situation zu überwinden ist, ohne daß gerade dem schwächsten Teil der deutschen Bevölkerung, nämlich den Arbeitslosen, ihre ohnehin kargen Bezüge gekürzt werden. Der Vorstand hat diesen Weg nicht gehen wollen. Der Reichstag wird ihn gehen müssen.

Last oder Leistung.

Ein Wort über die Sozialversicherung. Unter dieser Überschrift brachte das „Berliner Tageblatt“, Nr. 234 vom 20. Mai 1930, die folgenden beachtenswerten Ausführungen:

Ist die Sozialversicherung eine „soziale Last“? Die Frage ist, veranlaßt durch das Ansteigen des für die Sozialversicherung erforderlichen Aufwandes, in den letzten Jahren neu aufgeworfen worden. Von Unternehmerkreisen wird sie bejaht — von Vertretern der Versicherten und der Versicherung verneint. Sie alle sind Interessenten. Die amtlichen Vertreter der Versicherung und die Versicherten selbst gehen zudem meist ausschließlich von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus an die Frage heran. Es sei daher auf eine soeben erscheinende Schrift „Der Kampf um die Sozialversicherung“ (Verlag des Deutschen Verbandes der Sozialbeamten, Berlin W 62) verwiesen, in der die demokratische Landtagsabgeordnete Frieda Wunderlich die Frage in wissenschaftlicher Objektivität von ihrem Zusammenhang mit der Wissenschaft her prüft.

Unter diesen Gesichtspunkten setzt sie sich mit den Angriffen gegen die Krankenversicherung auseinander, die, soweit sie von Ärzten stammen, die sozialen, aber auch die eigentlichen volkswirtschaftlichen Momente übersehen. Volkswirtschaftlich weist sie die Unhaltbarkeit der hartnäckigen Sparsystemvorschläge nach, die nur dank der rührigen Propaganda Hugenberg's übergebührliche Aufmerksamkeit finden konnten. Sie zeigt demgegenüber die Momente auf, die in der Nachkriegszeit zu erhöhten Leistungen der Invalidenversicherung und der Expansion der gesamten Sozialversicherung führen mußten. Die Verfasserin untersucht dann die Frage, ob und wie weit der Sozialaufwand die Wirtschaft belaste. Sie für das einzelne Unternehmen zu beantworten, lehnt sie ab, weil die Tragfähigkeit verschieden sei.

„Wirtschaft ist jedoch nicht die Summe der privaten Erwerbsunternehmen, sondern bei Beurteilung der Belastung haben wir das wirtschaftliche Leben des Gesamtorganismus ins Auge zu fassen. Zwei Drittel des deutschen Volkes sind Arbeitnehmer, denen die Belastung zugute kommt. Von der Gesamtwirtschaft aus gesehen wirkt die Versicherung sich als Zwangsparkasse aus, die Kapitalien ansammelt, die zum Teil der Wirtschaft, zum Teil öffentliche Ausgaben, zum Teil der Volksgesundheit zugute kommen. Nur eine Fehlleitung von Kapitalien wäre zu beanstanden, aber Fehlleitungen gibt es in allen Zweigen der Wirtschaft.“

Frieda Wunderlich lehnt daher mit aller Entschiedenheit den Ausdruck „soziale Last“ ab, der einseitig nur die Kosten hervorhebt, ohne an die Gewinne zu denken.

„Wenn der Sozialversicherungsbeitrag eine Last ist, dann ist der Lohn es auch. Dann sind es alle Kosten der Unternehmungen. Last ist nicht das Krankengeld, sondern die Krankheit, nicht die Rente, sondern die Invalidität.“

Sozialversicherung bewirkt: Wiederherstellung und Erneuerung von Arbeitskraft in der Krankenversicherung, Abschreibung wegen erfolgten Verbrauchs in der Invaliditätsversicherung, Erhaltung in der Arbeitslosenversicherung. Das sind produktive Leistungen für die Wirtschaft. Die Belastung der Invaliden- und Angestelltenversicherung durch Renten „ist ein schwerer Vorwurf gegen die Wirtschaft, weil sie ein Zeichen zu rascher Amortisation der Arbeitskraft ist. Der einzelne Unternehmer entläßt den Menschen mit obinkender Arbeitskraft und verbucht nicht den Verlust. Die Wirtschaft sollte nicht über Lasten klagen, die sie selbst verursacht, sondern an der Wurzel angreifen.“

Eine kurze, ansgezeichnet formulierte Zusammenfassung am Schluß ergänzt die wirtschaftliche Untersuchung durch eine Deutung der sozialen Aufgabe der Sozialversicherung. Der Wert der Schrift der bekannten Sozialpolitikerin und Wirtschaftswissenschaftlerin wird durch außerordentliche Prägnanz der Darstellung noch erhöht. Man wird selten auf so knappem Raum eine solche Fülle von Gedanken finden. G. J.

Unwissenheit oder Böswilligkeit?

Die Not unserer Zeit ist entsetzlich groß, noch nie hat die Arbeitslosigkeit so gewütet wie heute, wo fast in jeder Familie eine Person ohne Erwerb ist. Um so mehr muß man sich wundern, mit welchen Motiven und Parolen von gewisser Seite der Kampf gegen dieses Grundübel unserer heutigen Wirtschaftsordnung aufgenommen wird. Man weiß wahrhaftig nicht, ist es Unwissenheit oder Böswilligkeit, wenn die

Unternehmer in freiem Verlehn mit den christlichen Gewerkschaften die Lohnsenkung als eine Entlastung des Arbeitsmarktes betrachten. Gerade das Gegenteil ist ja der Fall.

Die wirtschaftliche Krise des Winters 1929/30 ist keine rein deutsche Angelegenheit, sondern eine internationale Erscheinung. In allen kapitalistischen Ländern haben wir eine große Erwerbslosigkeit. England kommt trotz aller Anstrengungen nicht unter die Zwei-Millionen-Grenze, und die neuen Rationalisierungsbestrebungen werden auch dort noch weiter eine Menge Arbeitskräfte freisetzen. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Zahl der Arbeitslosen gar um die Fünf-Millionen-Ziffer zu suchen. Drüber fehlen ja alle genauen statistischen Angaben, und man ist auf Schätzungen angewiesen, die natürlich, je nach den Interessen, sehr auseinandergehen. Wenn jedoch der amtliche Arbeitssekretär vier Millionen zugibt, so sind in Wahrheit fünf bis sechs Millionen sicher nicht übertrieben. Ebenso ist es in allen kleineren Ländern, mit Ausnahme von Frankreich, wo die Verhältnisse bevölkerungspolitisch so gelagert sind, daß es kaum eine Arbeitslosigkeit gibt.

Immer mehr setzt sich so die schmerzliche Erkenntnis durch, daß wir auf die Dauer mit einer starken industriellen Reservearmee zu rechnen haben, die nur noch wenig durch Saison- und Konjunkturschwankungen beeinflusst wird. Um so wichtiger und um so notwendiger ist es, für die Unglücklichen zu sorgen, für die das kapitalistische System keinen Arbeitsplatz mehr hat, und es ist eine Ehrenpflicht jedes beschäftigten Arbeiters, auch für seine erwerbslosen Kollegen mitzukämpfen; darin schließlich ist es auch eine Existenzfrage für ihn. Werden die Arbeitslosen durch den Leistungsabbau der Versicherung so müde gemacht, daß sie jede Arbeit zu jedem Lohn annehmen, dann sinkt die Lohnhöhe bis zu dem geringsten Existenzminimum, und der irrsinnige Kreislauf ist geschlossen: Vermindertes Einkommen, verminderter Konsum; daher weniger Arbeit und neue Entlassungen. Das ist ja die Einfalt unserer Arbeitgeber, daß sie glauben, durch Herabsetzung des Lohnniveaus und gleichzeitige Verlängerung der Arbeitszeit dem Übel abzuhelfen. Wie kann man es sonst verstehen, daß die „Deutsche Arbeitsberzelung“ offen zugibt, daß für die Industrie nur eine Lohnreduktion als Ausweg aus den Schwierigkeiten übrig bleibt, und daß auch die Arbeiter erkennen müßten, daß eine Lohnreduktion keine arbeiterfeindliche, sondern vielmehr eine arbeiterfreundliche Maßnahme darstelle.

O nein, meine Herren, hier haben wir eine bessere Logik und können uns diesmal seltsamerweise sogar auf die Forderungen und Beschlüsse der amerikanischen Regierung und Industrie stützen, die doch sonst wahrhaftig nicht allzu arbeiterfreundlich und sozial eingestellt ist. Es ist eben Tatsache, daß nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten, der Standpunkt der deutschen Bourgeoisie ein Unikum aus der Gründerzeit ist und die Herrschaften in ihrer Wut über die sozialdemokratische Sozialpolitik von einem Extrem ins andere fallen. Stößt der Abbau der Unterstützung auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft und selbst eine Regierungsbildung wagt mit Rücksicht auf ihre katholischen Wählermassen nicht, die Arbeitslosenversicherung zu zerbrechen — so kommt man eben mit der absurden Parole heraus: Die Löhne müssen herunter.

Ganz im Gegenfall dazu erklärten der amerikanische Präsident Hoover und sein getreuer Jünger Ford, sofort nach dem Einsetzen der Krise letzten Herbst nach dem Aktiensturz in USA, daß auf alle Fälle das Lohnniveau durchgehalten werden müsse mit möglichst gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit.

Es ist ja auch ganz klar, daß bei einer Weltwirtschaftskrise die Stärkung des inneren Marktes das entscheidende Moment ist und die Garantie dafür nur eine Verfolgung der Erwerbslosen und die Erhaltung des Lohnniveaus ist. Andernfalls purzeln wir immer tiefer und der Lebensstandard selbst der Beschäftigten reicht gerade noch für das tägliche Brot. Aber soweit wollen es unsere Unternehmer scheinbar nur haben. Ihnen ist der selbstbewußte organisierte Arbeiter ein Dorn im Auge, und sie stellen wie so oft, ihr Herrschaftsprinzip noch vor das Wohl der deutschen Volkswirtschaft.

Die amerikanischen Gewerkschaften verlangen mit Recht den Anteil der Arbeiter an der Rationalisierung, für die schwerere, mechanische Arbeit höhere Löhne, und als Ausgleichsmöglichkeit für die freigesetzten Arbeiter die Herabsetzung der Arbeitszeit, um damit gleichzeitig das soziale Übel der Arbeitslosigkeit, wie sie es nennen, zu beseitigen. Unserer sonst so über den großen Teich schauenden und auf die amerikanischen Methoden hinweisenden Unternehmer sollten sich auch einmal diese Tatsachen überlegen: denn sie sind der einzige Ausweg auch für Deutschland, wo ja die Not noch viel stärker ist, um wieder alle Arbeitsfähigen im Produktionsprozeß anzugliedern und damit zugleich die Konsumkraft des Volkes ungeheurer zu steigern. Der Lohnsenkungssparole muß die Arbeiterschaft mit verdoppelter Wucht jetzt die Arbeitszeitsenkungssparole entgegenstellen. Nur so kann unsere Forderung wahr werden: Arbeit und Brot für alle.

Karl Müller.

Berufsschulen für Ungelernte.

Es handelt sich hier um eine Frage von großer Bedeutung für alle ungelernen Arbeiter. Die Einrichtung von Berufsschulen für Ungelernte ist umstritten, auch viele Arbeiter halten sie für überflüssig. Aber man übersieht hierbei, daß die fortschreitende Technisierung und Rationalisierung von jeder Berufstätigkeit, auch von den Ungelernten, ein wachsendes Können und Wissen sowie eine gute Allgemeinbildung erfordert. Gerade bei den Ungelernten kommt es darauf an, daß sie sich schnell umstellen und den neuen Erfordernissen anpassen können. Es ist durchaus nicht so, daß der Ungelernte als „fünftes Rad am Wagen“ im Betriebe neben den Arbeitern herläuft. In jedem Berufe ist heute eine Fülle von Arbeit von dem beruflich ausgebildeten Gelehrten abgesetzt, für die der Ungelernte herangezogen wird, der sozusagen eine Hilfsstellung zu dem Gelehrten einnimmt. Im Druckgewerbe kommt man ohne den Hilfsarbeiter gar nicht

aus, in der Metallwarenherstellung ist der Bohrer ein so wichtiger Beruf, daß man auf ihn nicht verzichten kann. Unter den Fabrikarbeitern gibt es hochqualifizierte Kräfte. In allen Gewerben haben sich im Laufe der Zeit abseits von der dem Gelehrten zufallenden Facharbeit gewisse Berufe herausgebildet, für die man nur den ungelernen, aber in diesem speziellen Berufsfach gut ausgebildeten Hilfsarbeiter gebrauchen kann. Solche Kräfte sind gesucht und auch finanziell meist höher eingestuft. Der ungelernete Arbeiter hat daher eine ebenso wichtige Aufgabe zu erledigen wie der Gelehrte.

Aber es wird gesagt, daß gegen die Einrichtung von Berufsschulen für Ungelernte nichts einzuwenden sei, nur weiß man nicht, was man die Schüler lehren soll. Es gibt etwa 70 bis 80 verschiedene ungelernete Berufe. Für jeden einzelnen Berufszweig eine Berufsschule einzurichten und zu unterhalten, wird zu teuer, auch dürfte die Schülerzahl oft nicht ausreichend sein. Dazu kommt der häufige schnelle Arbeitswechsel bei den Ungelernten, der oft mit einer Umstellung auf eine andere berufliche Tätigkeit verbunden ist. Im großen und ganzen aber bleibt doch jeder immer in seinem Fach, der Bohrer sucht sich wieder Bohrarbeit, der graphische Hilfsarbeiter trachtet, wieder in seinem Fach unterzukommen, und der Zementarbeiter oder der ungelernete Textilarbeiter nimmt auch nur in Notfällen einen

Kein Opfer bringen!

Auf der Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute am 17. und 18. Mai 1930 in Düsseldorf sagte der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Albert Vögler:

„Wenn wir uns nach den Gründen fragen, welche die heutige Krise hervorgerufen haben, so müssen wir uns darüber klar werden, daß wir in erster Linie einen Preisabbau herbeiführen müssen, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen.“

In seinem Schlusswort besprach Dr. Vögler die Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der nordwestdeutschen Gruppe:

„Die Unternehmer haben vorgeschlagen, mit den Verhandlungen über den Rahmentarif zugleich auch Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit zu führen, wobei die Arbeitgeber dann auch eine Herabsetzung der Eisenpreise durchzuführen versprechen, wenn gleichzeitig eine Herabsetzung der Löhne erfolgt.“

Die Unternehmer wollen also keine Opfer bringen, auf nichts verzichten. Die Arbeiterschaft mit ihrem elenden Einkommen soll die Herren Industriellen für den Einnahmefall durch die niedrigeren Preise schadlos halten. Vielleicht machen die Unternehmer noch ein Geschäft dabei. Wer kann das kontrollieren?

Berufswechsel vor. Auch sind lokale Einflüsse dabei in starkem Maße ausschlaggebend, so daß in Gegenden mit starker Metallindustrie die ungelernen Metallarbeiter überwiegen, in Chemnitz und Piquen die ungelernen Textilarbeiter. Berlin hat wieder eine hohe Zahl von graphischen Hilfsarbeitern.

Möglich wäre es, in solchen Gebieten mit einem stark vorherrschenden Industriezweig Berufsschulen für Ungelernte einzurichten, die diesen Erwerbsszweig in ihrem Unterrichtsplan besonders berücksichtigen. Beispielsweise in Berlin eine Berufsschule für graphische Hilfsarbeiter und eine für ungelernete und angelehrte Metallarbeiter, im Ruhrgebiet eine oder mehrere für Bergarbeiter, in Hannover für Fabrikarbeiter, in Hamburg für Hafenarbeiter, in Chemnitz für Textilarbeiter usw. Möglich wäre die Schaffung solcher Berufsschulen für Ungelernte, doch darf hierbei nicht übersehen werden, daß dies eine Benachteiligung anderer Gebiete zur Folge hat, die infolge ihrer industriellen Lage beruflich stark gemischt sind und unter solchen Umständen auf die Berufsschule für Ungelernte verzichten müßten.

Die gangbarste Lösung ist darin zu erblicken, daß in diesen Berufsschulen auf Allgemeinbildung der größte Wert gelegt wird. Dabei sind die allgemeinen technischen Fragen in weitestgehendem Maße zu berücksichtigen. Alle Berufsschulunterrichtsfächer, wie Rechnen, Deutsch und Schreiben, sind nicht nötig, da diese ja in den neuen Unterrichtsfächern Ergänzung finden und theoretisch nichts Neues dazukommt. Der Lehrer soll grundsätzlich alle Unterrichtsfächer beherrschen und die Schüler dauernd unterrichten, um sie dabei besser kennenzulernen, als dieses bei ständlichem Wechsel der Schüler möglich ist. Der Mangel an sozialer Bildung und die geschichtlich begründete Einstellung der Gesellschaft zu der Arbeit des Ungelernten sind das Niederdrückende. Um dieses auszugleichen, muß versucht werden, innerhalb der Berufsschule möglichst alle Arten praktischer Arbeit anzuwenden. Die Werkkunde ist eins der besten Mittel zur Arbeitserziehung. Die Gemeinschaftskunde als Unterrichtsfach sollte eine wesentliche Erweiterung der Staatskunde sein, d. h. es soll in der Gemeinschaftskunde neben der eigentlichen Staatsbürgerkunde auch Sozialwissenschaft und Volkswirtschaft berücksichtigt werden. Die Gemeinschaftserziehung muß die Berufsschule mit übernehmen. Grundsätzlich ist der Ungelernte gleich den Gelehrten in die Gesamterziehungsaufgabe der Berufsschule einzugliedern. Selbstverständlich muß die Schulzeit bezahlt werden, einen Lohnausfall kann der Ungelernte bei seinem Einkommen nicht ertragen. Auf jeden Fall handelt es sich hier um eine Frage, die unsere vollste Aufmerksamkeit beansprucht.

Frauenfragen.

Um die Gesundheit der Frau.

Die gewaltigen Arbeitsleistungen, die die Frauen vollbringen, werden in der Regel viel zu wenig beachtet. Die Tätigkeit der Hausfrau z. B. wird ziemlich gering eingeschätzt. Und doch beruht auf dieser festen Arbeitsleistung

die Gesundheit der Familie und die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Der Beschäftigungsgrad der Frauen hat nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Nicht weniger als 4,5 Millionen Frauen finden in Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk Beschäftigung. Teilweise sind die Verhältnisse so, daß der Ehemann erwerbslos ist und die Frau und Mutter neben ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie erwerben muß. Der bekannte Unterrichtsprofessor Dr. W. Liepmann, der Direktor des Instituts für Frauenkunde, macht in Nr. 5 der Zeitschrift „Gesundheit“ auf den Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Frauengesundheit aufmerksam. Der Überanstrengung des weiblichen Körpers muß durch gesundheitliche Maßnahmen entgegengetreten werden. Zunächst muß die schwangere Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesetzgebung erhalten. Diese Pflicht kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitsfreien Schutzfrist vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Denn anderenfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Minderung ihrer kärglichen Existenz nicht ertragen wollen und deshalb, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum letzten Augenblick verbergen.“ Bei stehender Beschäftigung sollen die Frauen anstatt der Pantoffel bequeme Schuhe, ähnlich unseren Sportschuhen, mit Hacken tragen, um Plattfußbildung zu vermeiden. Bei jeder Arbeit muß auf die Körperhaltung Wert gelegt werden. Hier leisten die neuen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne gute Dienste. Ebenso wichtig sind bei Arbeiten im Sitzen die Fußstützen. Um eine übermäßige Muskelbeanspruchung zu vermeiden, sollten bei den Frauen alle technischen Fortschritte angewandt werden. Bei kalten Fußböden sind Holzrosse zu fordern. Um die einseitige Muskelbeanspruchung bei dauerndem Stehen oder Sitzen auszugleichen, empfiehlt Liepmann ferner, in den Pausen sogenannte Ausgleichsübungen vorzunehmen. Am besten ist es, wenn die Pausen — wo irgend möglich — in frischer Luft abgehalten werden. Für die Zeiten der Menstruation und der Schwangerschaft sollten überall Ruheräume und Liegesofas vorhanden sein, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend zu erholen. Die richtige Ausnutzung der Freizeit ist für die Gesundheit der Frau von allergrößter Wichtigkeit. In der Tat handelt es sich hier um ein so kostbares Gut, daß keine Mittel und Kosten gescheut werden müßten, um es zu erhalten. Die Gewerkschaften waren sehr jeher in dieser Beziehung tätig und werden ihre Anstrengungen gemeinsam mit den Krankenkassen fortsetzen.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 1.

Die Konferenz tagte am 17. und 18. Mai 1930 in Celle, im „Städtischen Saalbau Union“. Sie war besetzt von 68 Delegierten aus 34 Zahlstellen, sechs Mitgliedern des Gauvorstandes, einem Mitglied des Hauptvorstandes, einem Vertreter des DGB, Ortsausfühler Celle, einem Bezirksvertreter des DGB, einem Vertreter der „Celler Volkszeitung“. Die Zahlstellen Braunschweig, Groß-Hauslingen und Soltau hatten keinen Vertreter entsandt.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit einigen stimmungsvollen Reden des freien Volkschors Celle. Der Vorsitzende der Zahlstelle Celle, Kollege Apel, begrüßte die Erschienenen. Schon 1894 tagte hier der zweite Verbandstag, der die Festanstellung des ersten Vorsitzenden, Kollegen Aug. Frey, beschloß. Dank gebühre dem Kollegen Frey, der bis zum heutigen Tage den Verband geleitet habe.

Kollege Stender wurde als Schriftführer und Zimmermann als zweiter Vorsitzender gewählt.

Dann hielt Kollege Thiemig vom Hauptvorstand ein Referat über die „Bedeutung der abgeschlossenen Kartellverträge“. Er ging in seinen Ausführungen auf den geschichtlichen Werdegang der Kartellverträge ein, die entstanden seien aus den Grenzstreitigkeiten der einzelnen Verbände. Er behandelte in besonderen die Entwicklung der freien Gewerkschaften und die in früheren Zeiten wohllos vorgenommenen Organisationsgründungen und betonte, daß bei der Gründung von Gewerkschaften nur die gelehrten Berufe berücksichtigt wurden. Die Ungelernten überließ man sich selbst erst zu einer späteren Zeit schlossen sich die Zahlstellenarbeiter zu einer Organisation und später die Fabrikarbeiter mit all ihren Untergruppen zusammen, denen dann noch später die Transportarbeiter folgten. Es bildeten sich aus dieser wohllosen Schaffung von Organisationen Differenzen und Grenzschwierigkeiten, die man durch Schiedsgerichte zu beseitigen suchte. Der im Jahre 1908 in Hamburg tagende Gewerkschaftskongreß beschloß, daß sich die Ungelernten in ihren Berufsverbänden organisieren und dort gemeinschaftlich mit den Gelehrten Industrieverbände bilden sollten. In den für uns zuständigen Industrien bzw. Betrieben erhoben wir auf die Handwerker Anspruch, was vom Gewerkschaftskongreß abgelehnt wurde, womit für die Berufsorganisationen doppeltes Gewerkschaftsrecht bzw. für uns „unrecht“ geschaffen war. Wir führen seit Jahren gegen dieses Unrecht den Kampf; unser Bestreben gilt der Betriebsorganisation und den Industrieverbänden. Es muß verhindert werden, einen Riß durch den Betrieb zu ziehen. Wir verzichteten 1908 auf die Organisation der Landarbeiter und ermöglichten damit die Schaffung des Landarbeiterverbandes. Noch 1912 erklärte die Zentralkommission der Gewerkschaften, wir wüßten nicht, was wir wollten. Wir beantworteten diese Angriffe mit einer Schrift unseres Kollegen Heinrich Schneider über die Industrieverbände, deren Inhalt wir zum Programm erhoben.

Auf dem Gewerkschaftskongreß 1922 in Leipzig kam Dismann vom Metallarbeiterverband mit seinen Plänen zur Schaffung von Industrieverbänden heraus. Im Prinzip deckten sich seine Anschauungen mit den von uns bereits vor 10 bzw. 15 Jahren aufgestellten Grundgeden. Der Dismannsche Plan sah 18 Industrieverbände vor. Wir als eine der größten Organisationen sollten durch diesen Plan aufgeteilt werden. Für uns als Fabrikarbeiterverband blieb lediglich die Gruppe Chemie übrig. Wegen dieser Pläne haben wir uns mit Erfolg gewandt. Wir wollen nicht Auflösung konzentrierter Verbände, sondern deren Ausbau. Wie recht wir mit den von uns vertretenen Anschauungen hatten, haben uns die letzten Jahre bewiesen.

Durch freiwillige Verständigungen wurden die Verschmelzungen kleinerer Verbände mit größeren immer zahlreicher. 1906 hatten wir noch 67 Organisationen, jetzt zählen wir nur noch 31. Von diesen 31 haben 11 über 100 000 Mitglieder, die insgesamt vier Fünftel der organisierten Arbeiter erfassen. Der DGB hat dabei anerkanntswürdige Hilfe geleistet. Seine Stellung wurde dadurch gefestigt und sein Einfluß ist außerordentlich gewachsen.

Wir sind heute nicht mehr ein Verband der Ungelernten, weil ein erheblicher Teil unserer Mitgliedschaft aus hochqualifizierten Arbeitern besteht. Ich verweise auf die Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Papelerdrucker und die Spezialarbeiter in der Chemie, Gummi- und Papierindustrie. Wir wollen durch Schaffung von Kartellverträgen die Grenzstreitigkeiten beheben und die Konzentration der Gewerkschaften fördern. Wir hatten in früheren Jahren einen Kartellvertrag mit den Bauarbeitern und den Bergarbeitern, der aber von beiden Vertragspartnern gekündigt und aufgegeben wurde. Mit den Textilarbeitern besteht noch ein alter Kartell-

vertrag, der aber vielfach nicht mehr eingehalten wird. Ein offenes Kampffeld besteht mit dem Tarifverband über die Organisierung der Arbeiter in der Kunsthandindustrie, die zur Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gehört.

Der Baugewerksbund erhob Anspruch auf alle Gruppen, die an der Fertigstellung eines Hauses beteiligt sind. Dabei kommt er auch an die Arbeiter der baufertigstellenden Industrie. Dagegen wehren wir uns, und deswegen hat der Baugewerksbund den Vertrag gekündigt.

Mit der Bildung des „Keramischen Bundes“ war der Baugewerksbund einverstanden, damit hat er auf die Einbeziehung der Baustoffindustrie in seinen Bund verzichtet. Er beansprucht von uns die Besonderen- und Kunststeinarbeiter und die Asphaltarbeiter. Wir verlangen von ihm die Töpfer und die Bauhandwerker in unseren zuständigen Industriezweigen. Die Überweisung der Töpfer ist von dieser Gruppe und dem Baugewerksbund abgelehnt worden.

Wegen den von den Bergarbeitern gegründeten Bergbauindustrieverband erhoben wir wegen der Namensänderung beim ADGB. Protest und erreichten, daß die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften unserem Protest beitrug.

Der Name wird aber von den Bergarbeitern weitergeführt und diese glauben auch weiter Anspruch auf die Betriebe zu haben, die ihr Urprodukt verarbeiten (Kohle und Kalk). Ein neuer Vertrag ist mit den Bergarbeitern bis jetzt nicht zustande gekommen. Wir wehren uns auch gegen die Einbeziehung unserer Kollegen in die Knappschaftskasse, weil sie dort wohl die hohen Beiträge entrichten müssen, Rechte dafür aber nicht erhalten.

Der Nahrungsmittelarbeiterverband verlangte seit langer Zeit von uns die Nahrungsmittel- und die Futtermittelbetriebe. Bisher war hier immer Grundsat: Macht geht vor Recht. Den Erfolg in der Mitgliederbewegung hatten mancherorts die Nahrungsmittelarbeiter. Einige Beispiele in der Margarine- und Süßwarenindustrie weisen uns das. Wir sind jetzt mit dem Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter-Verband zu einem Kartellvertrag gekommen. Der Nahrungsmittelarbeiterverband erhob nun, gestützt auf den jetzigen Vertrag, naturgemäß eine Reihe Forderungen. Wir müssen dabei wohl etwas abgeben, wollen aber doch den Vertrag durchführen.

Es wird bei manchen Kollegen, die bei uns ein Menschenalter organisiert sind, Unmut und Verdruß anstößen, die ihnen liebgegewordene Organisation verlassen zu müssen. Dies muß aber geschehen, damit wir nicht der Allogalität geziehen werden.

Bei dem Vertrag mit dem Verkehrsband ist das Prinzip das Wichtigste. Der Streit ging dort in erster Linie um die in unseren Industriezweigen beschäftigten Produktionsarbeiter. Wer als solcher angesehen werden muß, wurde erstmalig für die Gewerkschaftsbetriebe festgelegt. Die Produktionsbetriebe der G. G. gehören zu uns. Kaufhäuser, Schauffenre, Pförner, Kontorboten, Radfahrer, Wächter und Markthelfer gehören zum Verkehrsband. Das gleiche Prinzip gilt für den abgeschlossenen Kartellvertrag, für dessen Durchführung beide Verbände sorgen müssen.

Der Vertrag mit dem Metallarbeiterverband durchbricht den Beschluß von 1908, das ist sehr wichtig. Die Durchführung des Vertrages stößt aber auf manche Schwierigkeiten. Die Metallarbeiter wollen den Industrieverband, hängen aber am Berufsverband. Auf der einen Seite erkennen sie den Industrieverband an, auf der anderen Seite behalten sie sich Sonderrechte vor. In den Zahlstellen wird auf beiden Seiten nicht die richtige Schlussfolgerung aus dem Vertrag gezogen. Nur durch freiwillige Verständigung sollen die aus diesem Vertrag entstehenden Differenzen beseitigt werden. Grundsat muß bei allen Streitigkeiten sein, diese durch freundschaftliche und kollegiale Verständigungen zu beseitigen. Wenn auf der Gegenseite dazu der gute Wille nicht überall vorhanden ist, sollen wir uns von diesem Grundsat nicht abbringen lassen. — Auch bei uns bleibt manches zu wünschen übrig, unsere Organisationsleitung ist aber gewillt, alles zu tun, die Kartellverträge zu respektieren. Die praktische Durchführung erfordert Geduld. Wir müssen stark werden in den uns zustehenden Industrien. Wenn wir trotz Drohung der Unternehmer, die Löhne abzubauen, 1929 noch 71 Millionen Mark Lohn-erhöhungen herausbrachten, dann ist bewiesen, daß sich die Verträge für uns vorteilhaft auswirken.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt; der Sonntag vertagte die weiteren Verhandlungen auf Sonntag morgen neun Uhr.

Am zweiten Tag erstattete Gauleiter Scheinhardt den Bericht des Gewerkschaftsverbandes. Seit der letzten Tagung vor zwei Jahren in Füssenberg an der Weser sind keine wesentlichen Veränderungen im Gange zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat sich von 37 000 auf über 40 000 erhöht. 16 Zahlstellen werden von beabsichtigten Funktionen verwaltet. Die Einnahme im verfloßenen Jahre betrug 24 500 Mark, die Ausgabe 24 300 Mark. Die Bildungsarbeit hat sich im letzten Jahre gut entwickelt. Die Jugendbewegung ist leider nicht im gewünschten Maße vorwärtsgewandert. Die Schwierigkeiten hätten überwunden werden können. Dagegen sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen in der Frauenorganisation. Die christlichen Gewerkschaften haben nur einige Bedeutung für uns in Lippe, die sich durch Dummheit überhaupt nicht. Die KPD. macht erhebliche Anstrengungen, und wir müssen dieser Bewegung erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Auch die von den Arbeitgebern finanzierte gelbe Bewegung hat an einzelnen Stellen unter dem starken wirtschaftlichen Druck Fuß. Die Wirtschaftslage ist nur schlecht, soweit der Arbeitsmarkt in Frage kommt; gemessen an den hohen Preisen und Löhnen, ist sie glänzend. Die Ausbreitung der Rationalisierung ist geradezu katastrophal. Dazu kommt die planmäßige Entlassung von Betrieben durch Zusammenfassung. Trotzdem ist es dem Verband möglich gewesen, im letzten Jahre in einer Anzahl von Betrieben Lohn-erhöhungen durchzuführen. So in der Vielesfelder Papierindustrie, wo die vom Arbeitgeber eingeführten Prämien von 8 bis 15 Pfennig pro Stunde fester Lohnsatz wurden und außerdem noch eine Lohn-erhöhung von vier Pfennig die Stunde hinzukam. In der Konjunkturindustrie ist für die Heimarbeit ein Tarifvertrag abgeschlossen, in dem festgelegt ist, daß Kinder unter 14 Jahren keine Heimarbeit verrichten dürfen. Ebenfalls darf auch keine Heimarbeit ausgeben werden an Personen, die in der Fabrik beschäftigt sind.

Der weitere Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften erstattete Kollege Haberhauffe.

Der Abschluß in den baufertigstellenden Industrie war im Berichtsjahre nicht schlechter als im Vorjahre, teilweise sogar besser. Infolge des günstigen Wetters konnten die Ziegelwerke sowie auch die Kieselgerätee Betriebe die Kampagne länger ausdehnen als in den Vorjahren. Dadurch wurden Vorräte angehäuft.

Die Klagen der Arbeitgeber über niedrige Preise und schlechten Absatz sind immer die gleichen. Die Löhne werden auch als zu hoch bezeichnet. In allen Mitleid wird versucht, die Bezüge der Arbeiter zu schmälern. Die Anträge der Arbeitgeber auf Ver- setzung in eine niedrigere Ortsklasse nehmen sich. Jugendliche werden eingestellt, die die Arbeit der Erwachsenen machen müssen. Bezüge werden sie nur nach ihrer Altersklasse, abgesehen von einigen Ausnahmen. Wenn die Arbeiter sich über Ungerechtigkeiten beschweren, werden sie im nächsten Jahre nicht wieder eingestellt.

Alle Verträge wurden auf Wunsch der Belegschaften gekündigt. Die Arbeitgeber wollten nur die Geltungsbereich des alten Lohn- satzes um ein Jahr verlängern, schließlich waren sie bereit, ein bis zwei Pfennig Erhöhung pro Stunde zu zahlen. Teils durch den Beschäftigungsmangel, teils durch den finanziellen Schicksal wurden aber diese Erhöhungen um drei bis sechs Pfennig pro Stunde verweigert. Am schlechtesten schafften die Kieselgerätee- arbeiter ab. Wohl konnte eine Erhöhung um fünf Pfennig pro Stunde vereinbart werden, jedoch wurde zugleich von der Schlichtungsinstanz für die Verhältnisse das An- und Abmarsch- geld, welches sechs Stundenlohn pro Woche betrug, auf eine Stunde festgesetzt.

In der Zementindustrie geben die Arbeitgeber zum Teil rigores vor. Aus Karlsruhe wurde berichtet, daß der Betrieb stillgelegt wurde. Bei Werdohl hat der Produktions wurden nur hundert Arbeiter eingestellt, die sich durch Überbeschäftigung in den letzten Wintererwerb verdienten. Das ist der Höhepunkt der Produktion.

Ähnliche Dinge bestehen in der feuerfesten Industrie. Sobald die Arbeiter ihr Recht fordern, werden sie entlassen. Den Betriebsrat, der gegen diese Maßnahme protestierte, ereilte das selbe Schicksal. Vor dem Arbeitsgericht wurden viele Klagen erfolgreich vertreten.

Alle Tarifüberschreitungen sollten uns gemeldet werden, damit wir eingreifen können.

Als sehr bedeutungsvoll muß das Referat des Kollegen Brennecke vom ADGB. „Kampf um die Sozialversicherung“ bewertet werden.

Mit Rücksicht auf den Raum des Blattes können wir es leider nicht zum Ausdruck bringen.

Die Aussprache über das Referat des Kollegen Brennecke wurde bestritten durch die Kollegen Weyer (Goslar) und Hartleb (Hannover).

Zum Mitglied des Verbandsbeirates wurde der Kollege Küster (Stadoldendorf) und als sein Stellvertreter Kollege Weyer (Goslar) gewählt.

Als Ort der nächsten Bankonferenz wurde Detmold bestimmt.

Kollege Scheinhardt dankte nach Schluß der Tagesordnung den örtlichen Veranstalter und den Teilnehmern und schloß mittags 13 1/2 Uhr die Konferenz mit einem „Hoch“ auf den Fabrikarbeiterverband.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Wahrfagerin.

Man braucht nicht gleich an eine Zigeunerin zu denken, oder an eine weiße Frau in Berlin, im Dunkeln sitzend, mit einer Eule auf der Schulter, den Lofenkopf und die Bibel auf dem Tisch.

Wahrfagen kann auch die christliche „Gewerkschaftsstimme“, das Verbandsorgan des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes.

Es dreht sich wieder einmal um die Invalidenunterstützung. Als wir ihre Einführung auf dem letzten Hamburger Verbandstag beschlossen, hat Kollege Adler erklärt, daß wir nunmehr bis zum nächsten Verbandstag die Auswirkung der neuen Unterstüßungseinrichtung abwarten müssen, um einwandfrei auf Grund praktischer Erfahrung feststellen zu können, ob wir mit dem hierfür in Rechnung gestellten Betrag auskommen. Wenn nicht, werden wir uns auf dem kommenden Verbandstag erneut mit der Angelegenheit beschäftigen.

Nunmehr hat Kollege Adler auf einer kürzlich tagenden Zahlstellenteilerkonferenz erklärt, daß wir nach den jetzigen Erfahrungen schon wissen, daß auf dem nächsten Verbandstag jedenfalls neue Mittel für die Invalidenunterstützung aufgebracht werden müssen.

Das alles ist logisch und selbstverständlich und geht niemand etwas an, und die Christlichen brauchen uns nicht zu helfen. Aber stänkern muß die „Gewerkschaftsstimme“ doch. In ihrer Nr. 11 vom 24. Mai 1930 schließt sie ihre diesbezüglichen „freundschaftlichen“ Betrachtungen mit den Worten:

„Es kommt schon so, wie wir vorausgesagt haben.“

Wenn wir uns wieder einmal mit Zukunftsfragen befassen, werden wir uns bei der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ mahrfagen lassen.

Die KPD. will Geld; wofür?

Folgender Zettel wurde von der KPD. in Stuttgart an unsere Mitglieder verteilt:

Registrierchein

der revolutionären Gewerkschaftsopposition Württembergs.

Name: _____
Beruf: _____ Betrieb: _____
Wohnung/Ort: _____ Straße: _____
Gewerkschl. org.: _____ Wo? _____
Politisch org.: _____ Wo? _____
Funktion im Betrieb: Welche? _____
In der Gewerkschaft: Welche? _____

Ich bin bereit, die monatlich erscheinende Bezirkspresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Preise von 10 Pfennig zu beziehen.

Weiter verpflichte ich mich, die Gewerkschaftsopposition durch den regelmäßigen Kauf von Kampffondsmarken zu unterstützen.

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Bezirks-Komitee der KPD.

Also ein Registrierchein ist das, es werden also dumme Reklamen gesucht, denn ein vernünftiger Mensch kann unmöglich Mitglied bei der KPD. sein.

Daß Gewerkschaftsmitglieder auch dafür zahlen sollen, daß ihre gewerkschaftliche Organisation kampfunfähig gemacht wird, das ist, wie man so sagt, die Höhe. Für 10 Pf. kann man schon ein richtiges Kaspertheater sehen und kann wenigstens lachen, während man bei den kommunistischen Haslekinaden nur Scham und Trauer empfinden kann über das Bemühen dieser Leute, die Arbeiterorganisation zu zerstören.

Der Jökner.

„Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.“ Leute, die fortgesetzt bei jeder Gelegenheit ihre besondere Güte hervorheben, muß man mit Vorsicht und Mißtrauen genießen. Wer es nötig hat, fortgesetzt seine Frömmigkeit offen anzukündigen, dem mißtrauen wir und hegen Verdacht, seine zur Scham gebrachte Frömmigkeit ist Mittel zum Zweck, nämlich zum Zwecke der Agitation.

Die „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 11, vom 24. Mai 1930, regt sich darüber auf, daß die Arbeiterchaft einer Glashütte am 1. Mai feierte und dafür Sonntags arbeitete. Was Blatt sagt:

„Der Unternehmer hat weiter nichts dagegen. Ihm ist der Verdienst vom Sonntag so lieb wie von einem Werktag. Und die Sozialisten beweisen ungewollt ihre antichristliche Tendenz.“

Ungewollt! Weshalb dann überhaupt das ganze Gerede, wenn also eine antichristliche Tendenz gar nicht gewollt ist? Hat so etwas noch Sinn?

Lassen etwa die christlichen Kapitalisten und Millionäre, die Zechen- und Eisenwerksbesitzer, die Zentrumsleute nicht auch die christlichen Arbeiter Sonntags schaffen? Weshalb machen die Kirchenbehörden nicht geschlossen Front gegen die Sonntagsarbeit? Welche Ursachen hat das?

„Mögen die Arbeiter daraus ihre Konsequenzen ziehen —“ sagt das christliche Blatt. Ganz recht. Ein vernünftiger Mensch läßt sich eine solche Schreiberlei nicht gefallen.

Genossenschaftsbewegung.

Fort mit der Sondersteuer gegen Konsumvereine.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Ortsangestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Kreisaußschüsse Heidelberg, richteten an ihre Mitglieder folgenden Aufruf:

Im Namen des Volkes verkündet die gegenwärtige Reichsregierung Gesetze über ungeheure Verbrauchssteuern, Zölle, Steuern für Mineralwasser, Limonade, Tabak, Eier, nachdem Tee-, Kaffee- und Mehlzölle erst kürzlich erhöht wurden. Die bisher gesetzlich geregelte zollfreie Gefrierfleischfuhr, die auch den Armen der Armen, den Unterstützungsempfängern, wenigstens ein einziges Mal in der Woche eine kleine Fleischmahlung ermöglicht, ist beseitigt.

Diese brutalen Belastungen für den Verbraucher rauben den minderbemittelten Volksschichten erneut große Teile ihrer Kaufkraft, in einer Zeit mit Millionen von Erwerbslosen, Kurzarbeitern, welche nicht wissen, wie sie ihr nacktes Leben, das Leben ihrer Familie erhalten sollen. Zu gleicher Zeit verschont die gleiche Reichsregierung Hunderte von Millionen an die landwirtschaftlichen Grundbesitzer, auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler schafft man eine Sondersteuer für die Konsumvereine, die einzigen Preisregulatoren als Füllwerk gegen den Lebensmittelmwucher und die Preisdiktatur, bestraft man durch ein Sondergesetz die wirksame Selbsthilfeorganisation zur Erhaltung und Sicherung der Kaufkraft aller Werktätigen.

Wer sind diese Volksvertreter, welche die vom Volk ausgehende Staatsgewalt so brutal wie nie zuvor gegen das Volk mißbrauchen? — Es sind dies die Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei, die sich stets gern rühmen, große Massen von Arbeitern, Angestellten und Beamten mit zu ihren Wählern zu zählen.

Reichlicher Krämergeist gegen die verhassten Konsumvereine der in der Wirtschaftspartei im Reichstag vertretenen Kleinrentner, Krämer, Bäcker und Metzger ist die Ursache dieser Schandgesetze. Ihnen hat die organisierte Klassenbewußte Arbeiterbewegung die Antwort zu geben. Diese Antwort muß lauten: Keinen Pfennig unserer Kaufkraft der Hand, die uns schlug, dem privaten Kleinhandel, Bäckern, Metzgern!

Wir wollen euch zeigen, von wem die profitstüchtige privatkapitalistische Wirtschaft abhängig ist.

Unsere Abwehr gegen euren Angriff ist die restlose Anlegung und Ausnutzung unserer Kaufkraft im Konsumverein.

Wir lassen uns das Recht unserer wirtschaftlichen Selbsthilfe nicht rauben. Wir handeln!

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Internationalen Berufssekretariate im Jahre 1928.

(IWB.) Wie die Mainnummer der Monatschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes, „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, mitteilt, ist die Gesamtmitgliederzahl der vom IWB. anerkannten Internationalen Berufssekretariate (IBS.) während des Jahres 1928 von 13 657 681 auf 13 709 861 oder um 52 180 (0,4 Prozent), (um 517 898 oder 3,9 Prozent im Jahre 1927) gestiegen.

Neun IWB. haben einen Rückgang zu verzeichnen (1927: fünf), und zwar die Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Sutarbeiter, Kenamarbeiter, Landarbeiter, Metallarbeiter sowie Öffentlichen Dienste und Betriebe. Dagegen haben die Mitgliederzahlen der übrigen 18 IBS. (1927: 20) zugenommen. Den prozentual stärksten Verlust erlitten die Landarbeiter (19,9 Prozent).

Der prozentual größte Zuwachs wurde bei den Lehrern (21,8 Prozent), dem Post-, Telegraphen- und Telefonpersonal (15 Prozent), den Bauarbeitern (13,4 Prozent) und den Hotelangestellten (10,7 Prozent) erreicht.

Die Zahl der vom IWB. anerkannten IBS. ist im Jahre 1928 die gleiche geblieben (27).

147 IBS. (1927: sieben) haben eine Zunahme der Zahl der angeschlossenen Länder zu verzeichnen, sechs IBS. erlitten einen Rückgang (1927: drei), und 13 IBS. konnten die Zahl des Vorjahres halten (1927: 16). Besonders auffallend sind die Veränderungen bei der Hotelangestellten-Internationale, die zwei neue Länder gewann, und bei der Landarbeiter-Internationale, die zwei Länder verlor.

Die Gesamtzahl der den IWB. angeschlossenen Organisationen stieg von 568 auf 603, d. h. um sieben (1927: 18). Neun IBS. verzeichnen eine Zunahme der angehörenden Organisationen (1927: 11), sechs IBS. eine Abnahme (1927: sieben), während die Zahl bei 12 IBS. die gleiche blieb (1927: 16). Besonders sei auf die Lederarbeiter- und die Transportarbeiter-Internationale hingewiesen, die ihre angeschlossenen Organisationen um je vier vermehren konnten, sowie auf die Landarbeiter-Internationale und die Internationale der Öffentlichen Dienste und Betriebe, die einen Verlust von je drei Organisationen erlitten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Zahlstelle Wittenberg. Der Verband der Fabrikarbeiter feiert im Juni dieses Jahres sein 40jähriges Bestehen. Aus Anlaß dieser Tatsache hatte die hiesige Geschäftsstelle eine Werbewoche veranstaltet, um mit dazu beizutragen, daß zur Feier die Mitgliederzahl die halbe Million überschreiten soll. Als Auftakt wurden die zuständigen Betriebe mit Flugblättern belegt; die Funktionäre mit Briefungen versorgt. Des weiteren wurde in den Orten Piesdorf, Wittenberg und Jagna der Verbandsfilm „Aufstieg“ vorgeführt. Der Besuch war in Piesdorf durchschnittlich, in Wittenberg im Verhältnis zur Mitgliederzahl schlecht, in Jagna sehr gut. In dieser Tatsache konnte man so richtig feststellen, daß in den Bezirken, wo die Arbeiterchaft durch ständige Kämpfe und Streiks sich ihre Lebenslage verbessern muß, der Gewerkschaftsgebanke seinen Fuß gefaßt hat und die Fausthelden keinen Platz in unserer Mitte mehr haben. Der Film wurde alleseitig gelobt und anerkannt, ja wir können feststellen, daß vorgelesene Sätze nach Haus gingen und aus einem Paulus zu einem Saulus geworden waren. Aber es wurde der Wunsch laut, diesen Film zu einer günstigeren Jahreszeit wieder vorzuführen.

Verbandsnachrichten.

Rechtschutzabteilung.

Auf Grund der Ausschreibungen in unseren Verbandsorganen hat der Vorstand für die Rechtschutzabteilung den Kollegen

Lorenz Popp (Leipzig)

als Hilfskraft angestellt. Den übrigen Bewerbern sagen wir hiermit für ihre Bewerbungen unseren besten Dank.

Der Vorstand

Chemische Industrie

Sowjetrußland gegen den J.-G. Farbentrust.

Sowjetrußland arbeitet seit Jahren an dem Wiederaufbau und an der Weiterausgestaltung seiner Industrie. Aus diesem Grunde sowohl als auch aus internationaler, Reklameredarfürnis wurde der sogenannte Fünfjahresplan aufgestellt, der eine ungeheure Vermehrung der Produktivität der russischen Industrie, vornehmlich aber der chemischen Industrie, bringen sollte. Der Jahreswert der Produktion sollte von 13,1 Milliarden Rubel auf 29 Milliarden bis zum Jahre 1932/33 gesteigert werden. Aufgebaut auf heimischen Rohstoffen sollten eine ganze Anzahl chemischer Industrieunternehmen die Unabhängigkeit der chemischen Industrie vom Ausland, namentlich von dem Hauptlieferanten, der deutschen J.-G. Farbenindustrie, bringen.

Wie wiederholt objektiv festgestellt wurde, ist dieses Produktionsprogramm im großen und ganzen nicht im vorgesehenen Maße durchgeführt worden, sondern hat den Sowjetbehörden selbst zu bitteren Klagen Anlaß gegeben, weil die hochgespannten Erwartungen nur zu einem Bruchteil erfüllt wurden.

Im Jahre 1928 schloß die Sowjetregierung mit der J.-G. Farbenindustrie einen Vertrag auf die Dauer von 3 Jahren ab, der vorsah, daß die J.-G. Farbenindustrie 70 Prozent der nach Rußland einzuführenden Farben und pharmazeutischen Produkte liefern sollte, zum anderen sollte die J.-G. Farbenindustrie den Ausbau der russischen chemischen Industrie in der Form unterstützen, daß gegen Entschädigung Fachleute zur Beratung beim Aufbau chemischer Betriebe nach Rußland geschickt werden sollten. Dieser Vertrag endete am 21. September des Vorjahres, doch war vorher schon festzustellen, daß die Einfuhr deutscher Chemikalien nach Rußland stark eingeschränkt wurde, so daß die J.-G. Farbenindustrie Farbstoffe und andere chemische Produkte nur noch in beschränktem Umfang zu liefern hatte. Trotzdem also praktisch ein Vertrag nicht mehr bestand, da der alte Vertrag nicht erneuert wurde, liefen die Geschäfte stillschweigend fort. Diese Beziehungen der deutschen chemischen Industrie zu Sowjetrußland haben sich, da am 20. März d. J. auch der Vertrag über die technische Hilfeleistung ablief und ebenfalls nicht erneuert wurde, gänzlich gelockert. Die J.-G. Farbenindustrie, die in Moskau ein eigenes Büro unterhielt, hat dieses aufgelöst, eine offizielle Vertretung ist also in der Sowjetunion nicht mehr vorhanden.

Man hat versucht, die Ursachen dieser Entwicklung darauf zurückzuführen, daß die Eigenproduktion der chemischen Industrie Rußlands sich soweit entwickelt habe, daß kein Einfuhrbedarf mehr vorhanden sei. Zum andern glaubte man, daß die straffe Zentralisierung des gesamten Chemikalienexports in Rußland bei der staatlichen Gesellschaft Chemieimport die J.-G. Farbenindustrie verschluckt habe. Diese Gründe können jedoch alle nicht stichhaltig sein, denn wie in den letzten Tagen verlautbart, haben sich die Sowjetrußen nach einem anderen Partner im Chemikalienhandel umgesehen. So wird aus Kowno berichtet, daß nach einer Moskauer Meldung der oberste Volkswirtschaftsrat eine vorläufige Übersicht über die Ergebnisse der Industrialisierungsarbeit im verfloßenen halben Jahre aufgestellt hat.

In diesem Bericht wird festgestellt, daß gegenüber dem Vorjahre zwar eine Steigerung der industriellen Produktion stattgefunden habe, daß die Ergebnisse jedoch, gemessen an dem Vorschlag, äußerst gering seien. In der Kohlenwirtschaft der Metall- und Erdölindustrie, insbesondere aber der chemischen Industrie, werden die Ergebnisse als ungenügend bezeichnet. Während eine Steigerung um 11,5 Prozent beachtlich war, ist nur eine solche von 5 Prozent tatsächlich eingetreten. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß der Vertreter der Sowjetdelegation in England erklären mußte, daß er im April des Jahres mit dem englischen Großchemiekonzern Mond einen zweijährigen Vertrag abgeschlossen habe. Dieser Vertrag sieht vor, daß für einen Kredit von 3 Millionen Pfund (60 Millionen Mark) der englische Chemiekonzern an Rußland Düngemittel, Farbstoffe, Halbfabrikate und Metalle liefert. In diesem Vertrag ist ähnlich wie in dem Vertrag mit der J.-G. Farbenindustrie die Stellung technischer Hilfskräfte für die chemische Industrie der Sowjetunion vorgesehen.

Diese Annäherung Sowjetrußlands an die chemische Industrie Englands und anderer Industrien ist zweifellos eine Folge der Wiederaufnahme der Beziehungen Englands zu Sowjetrußland. Das kam auch zum Ausdruck, als der Vertreter Rußlands darauf hinwies, daß innerhalb sechs Monaten nach Wiederaufnahme der Beziehungen England Bestellungen im Werte von 10 Millionen Pfund erhalten hat.

Uns interessiert, festzustellen, daß in der chemischen Industrie Rußlands sich in der Durchführung der Industriepäne ungeheure Schwierigkeiten ergeben haben, die mit der Propaganda in der politischen Presse nicht übereinstimmen. Wir sind der Auffassung, daß es noch einer langen Reihe von Jahren bedarf, ehe auch nur annähernd das Ziel in der chemischen Industrie erreicht sein wird.

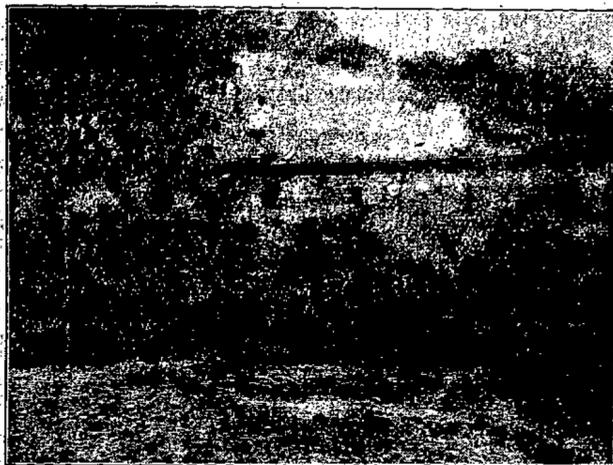
Daß dieser Entwicklungsprozeß in der chemischen Industrie Sowjetrußlands große Belastungen für die Arbeiter bringt, ist bekannt. Vergleicht man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der chemischen Industrie Deutschlands und Sowjetrußlands, so findet man, daß die deutschen Verhältnisse hinter denen Rußlands nicht zurückstehen. Das Märchen von dem Paradies der Chemiewerker in Rußland findet deshalb unter den deutschen Chemiewerker auch keinen Glauben mehr.

A. Segerer.

Die Katastrophe von Wienenburg.

In der Nr. 21 des „Proletarier“ haben wir bereits auf den Wassereintritt in den Kaliwerken bei Wienenburg hingewiesen. Nach eingezogenen Erkundigungen erfolgte dieser Wassereintritt am 8. Mai morgens gegen 9 1/2 Uhr im Schacht I. Dieser Schacht ist im Jahre 1886 in Betrieb genommen, war ursprünglich 450 Meter tief und ist 1914 bis 600 Meter abgeteuft. Als Förderschacht diente der etwa ein Kilometer westlich davon gelegene Schacht II, welcher 606 Meter tief ist. Beide Schächte sind auf der Tiefbauföhle miteinander verbunden. Im Schacht II machte sich das Wasser an demselben Tage bereits nachmittags gegen 2 Uhr bemerkbar. Vor einigen Jahren hat nun die Preussag auf Grund des § 83 g. des RWG. bzw. der Verordnung vom 21. 10. 1921 etwa 2,3 Kilometer westlich von Schacht II einen dritten Schacht, den „Röhrl-Schacht“, niedergebracht. Dieser Schacht ist 623 Meter tief und auf der vierten und sechsten Sohle mit Schacht II verbunden. Im Schacht III stand das Wasser am nächsten Tage, also am 9. Mai, schon um sechs Meter über der sechsten Sohle. In welchen Mengen das Wasser zugeflossen ist, wird erstlich durch die Tatsache, daß das Wasser in den in mehr als fünf Kilometer Länge ausgebeuteten Schächten am 17. Mai in Schacht III schon die Höhe von über 200 Meter erreicht hatte.

Der Wassereintritt wird nicht genügender Vorsicht beim Abteufen des Schachtes I zugeprochen. In Verbindung damit scheinen Wasserzuflüsse aus der Ecker zu stehen. Dieser Fluß ist zirka acht Kilometer oberhalb der Gemeinde Wiedelah bei Stapelburg seit Mitte Mai versiegt. In Wiedelah ist seit dieser Zeit auch in 51 Brunnen kein Wasser mehr vorhanden.



Unser Bild zeigt den Krater, welcher sich in unmittelbarer Nähe des Schachtes I am Harlyberg gebildet hat. In geringer Entfernung oberhalb rechts vom Bilde befindet sich Schacht I, während Schacht II zirka ein Kilometer und Schacht III etwa 3,2 Kilometer (auf dem Bilde links vom Krater) entfernt liegen. Die Krateröffnung dürfte mehr als 50 Meter betragen. Vom Fuße des Harlyberges gemessen ist dieser Krater auch 50 Meter tief. Wie aus der Aufnahme ersichtlich, hängt noch ein Eisenbahngleis der Umgehungsbahn Wienenburg — Grauhof über dem Krater, während das zweite Gleis bereits abgestürzt und mit den sich fortwährend bewegenden Gesteinsmassen in den Strudel hineingezogen ist. Der dunkle Streifen, welcher sich von der Mitte des Bildes nach unten zieht, ist Wasser, welches aus dem Gestein hervortriefft. Ungefähr 50 Meter rückwärts vom Standort der Aufnahme fließt die Oker vorbei, so daß auch hier die Gefahr des Durchsickerns von Wasser besteht. Augenblicklich ist man dabei (rechts vom Bilde) eine Gleisverlegung der Bahn ungefähr nach dem Standort der Aufnahme vorzunehmen, um den Krater mit Erdmassen auszufüllen, damit die Bahn, welche nur für den Güterverkehr in Betracht kommt, überhaupt nicht oder nur wenig verlegt zu werden braucht. Ob das in kurzer Zeit gelingen wird, erscheint zweifelhaft, weil die Gesteinsmassen in dem Krater immer noch in Bewegung sind und von der Bergseite her bereits wieder tausend Kubikmeter nachgestürzt sind. Außer diesem Krater sind auf der Straße von Schacht I nach Schacht II, welche sich hier auf dem Bilde in Höhe der Bahn befindet, mehrere Erdrisse sowie einige kleinere Erdkungen auf dem Gelände der Zuckerfabrik in Wienenburg entstanden.

Die Werksleitung ist bemüht, möglichst den Schacht III zu retten. Zu diesem Zweck sollen Erdmassen in den Schacht gestürzt werden, um in entsprechender Tiefe das Wasser mittels einer Betonsticht abzufließen. Ob das gelingt, erscheint immerhin fraglich. Bei den bisher eröffneten Schächten haben ähnliche Maßnahmen den gewünschten Erfolg nicht erzielt.

Auf den Kaliwerken in Wienenburg wurden insgesamt 438 Arbeiter und 58 Angestellte beschäftigt. Davon arbeiteten ungefähr 250 Arbeiter unter Tage. Am 19. Mai wurden bereits 70 Bergarbeiter, 20 Fabrikarbeiter und 10 Handwerker der Berginspektion Weicherode überwiesen, um Vorbereitungen zu treffen, die Reservewerke Klein-Bodungen I und II wieder betriebsfähig zu machen. Gleichzeitig wird auf Wienenburg II mit dem Abbruch derjenigen Überfangsanlagen begonnen, welche nicht unbedingt notwendig gebraucht werden. In der Fabrik werden Aufbereitungsarbeiten vorgenommen; außerdem lagern dort noch über 50 000 Doppelzentner 40prozentiges Kalidüngesalz, welches zur Erfüllung der Note verladen werden muß. Hoffentlich gelingt es, Arbeiterentlassungen zu vermeiden, um bei Inbetriebnahme des Werkes in Klein-Bodungen nach und nach sämtliche Arbeiter überweisen zu können.

Die Stimmung der Belegschaft und der Bevölkerung ist äußerst gedrückt. Jeder fragt sich, was nun werden wird. Hauptsächlich die älteren Arbeiter scheitern an leicht erklärlichen Gründen der Zukunft recht pessimistisch entgegen.

Aus dem Reich des Schwedentruffs.

Während nach den Behauptungen der Unternehmer die Wirtschaft der gesamten Welt sich mehr oder weniger in Krisenzuständen bewegt, wächst das Reich des Schwedentruffs im Jühdolstruffes von Tag zu Tag mehr. Mit besonderer Deutlichkeit geht das aus dem jetzt vorliegenden Jahresabschluss für das Jahr 1929 hervor. Demnach beträgt der Reingewinn des Unternehmers 27,1 Millionen Kronen gegen 19,9 im Vorjahre. Die Dividende des Unternehmens ist von 25 auf 30 Prozent gestiegen.

Noch stammt dieses Geschäftsergebnis nicht allein aus dem Bereich des schwedischen Jühdolstruffes der Svenska Ländstads A. B., sondern aus den weitverzweigten Unternehmungen, die Kreuger in der ganzen Welt gegründet hat. In welcher Weise sich dieser Truff entwickelt hat, geht daraus hervor, daß er eine Anzahl der wesentlichsten schwedischen Industriekonzerne durch seine Finanzierung unter seine Kontrolle gebracht hat. Neben der obengenannten Jühdolstruffgruppe, die monopolartig mehr oder weniger fast die gesamte Jühdolstruffproduktion Europas und auch die derer Weltteile erfährt, hat er in dem Grangesberg- und Eisenerz-Truff die größten Eisenerzvorkommen Schwedens in seiner Hand zusammengefaßt.

Den finanziellen Einfluß übt Kreuger durch seine Beteiligung an der größten Bank Schwedens, der Skandinaviska Kredit A. B., aus. Des weiteren ist der umstriffene Einfluß auf den schwedischen Kugellagerkonzern bekannt, durch den wiederum der Einfluß auf die maßgebenden Fabriken dieser Industrie in Schweden, Frankreich, Deutschland, England, in der Tschechoslowakei und in den Vereinigten Staaten hergestellt wird. Insgesamt beherrscht Kreuger durch diese letzteren Unternehmungen ein Drittel der Weltproduktion dieser Industrie.

Die wichtigste Machterweiterung aus der jüngsten Zeit ist die Gründung der Svenska Zellulose A. B., der sich unter Kreugers Führung zu einem mächtvollen Zellstoff- und Papierkonzern entwickelte. Diesem Unternehmen gehören 11 Zellstofffabriken, 6 Holzschleifereien, 16 Sägewerke, 1 Papierfabrik und riesige Waldbestände an. Gewaltig sind die Kraftquellen, die durch Kraftbarmachung von Wasserkräften zur Verfügung stehen. Eine Gesamtstärke von 250 000 PS ist durch die Kraftanlagen erzielbar, von denen zur Zeit jedoch nur 65 000 ausgenutzt werden.

Erwähnt soll ferner die Beteiligung an der schwedischen Telephonbau- und Betriebsgesellschaft Ericsson sowie der Elektro-Maschinen-Gesellschaft Åsca werden.

Es gibt wohl kein Industrieunternehmen, das eine so rasche und gewaltige Entwicklung durchgemacht hat wie der Schwedentruff, dessen Spitzengesellschaft die Kreuger & Loll A. B. ist. 1911 mit einem Aktienkapital von 1 Million Kronen gegründet, beträgt das heutige Aktienkapital 76 Millionen Kronen. Aber den Geschäftsumfang kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß das Unternehmen mit 740 Millionen Kronen im Jahre 1929 bilanziert.

Den gewaltigen Einfluß auf internationalem Gebiet hat der Schwedentruff durch Verkoppelung von wirtschaftspolitischen Zielen mit einer großzügigen Finanzpolitik erreicht. Letztere Aufgaben werden erledigt durch die den Kreuger & Loll angeschlossenen beiden Schwefelgesellschaften der Smedsh American Investment Corporation, die 1925 in Newyork gegründet wurde und die an den bekanntesten Industrie- und Bankunternehmen beteiligt ist, sowie der N. V. Financiële Mij. Kreuger & Loll, die 1926 in Amsterdam gegründet wurde und heute eine der gewaltigsten internationalen Finanzierungs- und Bankgesellschaften ist. Welche Finanzmacht diese Unternehmungen darstellen, geht aus folgenden Zahlen hervor. Die Beteiligungen des Unternehmens stellten am Jahresende 1929 einen Wert von 1472 Millionen Mark dar. Das ist eine ungeheure Entwicklung allein gegen das Vorjahr 1928, für das ein Kapital von 587,6 Millionen Kronen ausgewiesen wurde, was glatt als eine Verdoppelung der Werte bezeichnet werden kann. Wo ist ein Industrieunternehmen, das ähnliche Entwicklung zu verzeichnen hat?

Namentlich auf dem Gebiete der Machterweiterung in der Jühdolstruffindustrie hat sich der Schwedentruff zu einem weitverzweigten internationalen Unternehmen entwickelt. Neben Frankreich, Ungarn, Polen, Lettland, Jugoslawien, Rumänien, Danzig, Griechenland und in letzter Zeit auch Deutschland, Litauen usw. hat er seine Macht auch auf diesem Gebiete nach anderen Erdteilen entwickelt.

Interessant ist ein Einblick in die Zusammensetzung des Kapitals des Schwedentruffs. Die Beteiligungen sind sehr vielfacher Natur und bewegen sich nach zweifacher Richtung. Auf der einen Seite eine stürmisch steigende industrielle Machterweiterung und eng damit verkoppelt eine Machterweiterung auf finanziellem Gebiet. Die obengenannten drei Gesellschaften des Schwedentruffs verfügten Ende 1929 über nachfolgende Beteiligungen:

	Millionen Kronen
Industrieaktien	449,0
Grundstücksaktien	70,4
Bankaktien	58,3
Staatsschuldverschreibungen	318,2
Sonstige Aktien- u. Schuldverschreibungen	0,1
Schuldverschreibungen gegen Hypotheken	13,0
Sonstige Beteiligungen	81,4

Keineswegs wird damit die Entwicklung des Schwedentruffs zum Abschluß gekommen sein. Der Verlauf der seitherigen Ausdehnung des Truffs deutet darauf hin, daß er dieses Bestreben auch zukünftig beibehalten wird. Der Truff hat es glänzend verstanden, namentlich auf dem Gebiete der Jühdolstruffindustrie, die Notlage einer Reihe von Staaten, in die diese durch die Nachkriegswirtschafts-Entwicklung geraten

find, auszunutzen. Das beste Beispiel hierfür ist Deutschland, wo sich Joar Kreuzer durch Gewahrung einer 500-Millionen-Anleihe auf lange Jahre unter Ausschaltung des Konkurrenz-kampfes ein stabiles Einkommen gesichert hat.

R. Segerer.

Wieder neues Grammophonplattenmaterial.

Vor einiger Zeit wurde von der Grammophon-Industrie eine neue Platte in den Handel gebracht, die unter dem Namen Phynocord flexible vertrieben wurde. Es handelt sich um jene Platten, die biegsam, durchsichtig, außerordentlich dünn und unverbrennbar sind und zur Zeit in allen einschlägigen Geschäften in den Auslagen zu sehen sind. Über diese Platten ist bereits im „Proletarier“ Nr. 5 d. J. geschrieben worden.

Der Herstellungspreis dieser Platten dürfte bedeutend niedriger sein als der der bisher verwendeten Kaufschallplatten. Von einem Preisabbau hat man jedoch nichts gemerkt, die Industrie verkauft diese Platten im Einzelhandel genau so teuer wie die bisher üblichen.

Kun ist, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet, ein neues Material zur Herstellung von Grammophonplatten aufgefunden. Wie eine amerikanische Zeitschrift berichtet, soll Dr. Hal E. Beans, Professor der Chemie an der Universität in Columbia, ein neues Grammophonplatten-Rohmaterial entdeckt haben. Es handelt sich bei diesem neuen Rohmaterial um eine harzartige Zusammenstellung, die im ursprünglichen Zustande flüssig, aber unlöslich ist. Die Masse ist unverbrennbar und wird unter dem Einfluß der Wärme biegsam. Das neue Material wird von seinem Erfinder Durium genannt. Ein schmaler Streifen dieses Materials soll so widerstandsfähig sein, daß er kaum zerbrochen werden kann. Zur Herstellung von Grammophonplatten wird das Material in warme Matrizen gepreßt, worauf eine langsame Abkühlung erfolgt. Ein Nachteil bei der Fabrikation ist, daß die Herstellung der Platten auf diese Art und Weise nicht sehr schnell geschehen kann. Die Herstellung der Platten aus Durium geschieht, indem man einen Faserkern die Masse ausgegossen wird, nachdem vorher die Faser in Durium getränkt worden war. Diese Platten sollen in Amerika einen großen Absatz finden, amerikanischem Brauch entsprechend sind sie an den Zeitungsständen zu dem Preise von 15 Dollar-Cent (nach deutschem Gelde zirka 63 Pf.) verkauft worden. Eine weitere Verwendungsmöglichkeit für dieses Material, das gegen Feuer und Feuchtigkeit beständig ist, soll auf dem Gebiete der Flugzeugindustrie bestehen. Ob diese Erfindung auch in Deutschland ausgemerzt wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber selbst, wenn dies der Fall sein sollte, glauben wir nicht, daß die deutschen Betriebe eine erhebliche Verbilligung der Grammophonplatten herbeiführen würden.

R. Segerer.

Konferenz der Funktionäre in der mitteldeutschen Braunkohlen-Industrie.

Am Sonntag, dem 18. Mai, tagte in Gransdorf eine Konferenz der Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes aus dem Zeiß-Weißenfels-Braunkohlenrevier. Als Tagesordnung war vorgesehen:

- 1. Die Auswirkungen des Lohnschiebespruches und die Prämienkürzungen.
2. Die besonderen Verhältnisse in den Nebenbetrieben der Braunkohlen-Industrie.
3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 berichtet der Kollege Hof er von der Branchenleitung über den Gang der Verhandlungen und die Lauffah der Arbeiterbewegung während der Lohnbewegung, wobei nichts unversucht gelassen worden ist, die Bewegung zu einem friedlichen Abschluß zu bringen. Trotz der das Ergebnis des Lohnschiebespruches für die Arbeitnehmerorganisationen nicht befriedigend war, haben sich die Gewerkschaften unter dem Druck der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der Verbindlichkeitserklärung gefügt. Die Unternehmer dagegen haben Maßnahmen ergriffen, um die durch Schiebespruch gewährte Lohnsteigerung zu sabotieren. Schon während der Lohnbewegung und im weiteren Umfange nach Beendigung derselben wurde eine Kürzung der Prämienkürzung vorgenommen. Die tariflichen Kürzungen sind zwar um 25 Pf. je Schicht erhöht, doch haben die Prämienkürzungen einen Umfang angenommen, welcher sich in ganz erheblichen Lohnminderungen ausgemerzt haben. Nach unseren Feststellungen ist der Reallohn nach der Lohnsteigerung um durchschnittlich 50 Pf. je Schicht niedriger als vorher. Die Unternehmer haben also bei dieser Lohnsteigerung ein glänzendes Geschäft gemacht. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband führten zu keinem Ergebnis. Von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes wurde angegeben, daß in einzelnen Fällen Prämienkürzungen infolge Veränderung der technischen Einrichtungen vorgenommen sein können. Unser Hinweis, daß diese Maßnahme auf allen Betrieben durchgeführt sei, auch in Fällen, wo keine technische Veränderungen vorgenommen wurden, im Gegenteil diese bei gleichbleibender Arbeitszeit und gleicher Leistung vorgenommen sind, wurde als unhaltbar zurückgewiesen. Bei weiteren Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gaben die Unternehmer indirekt zu, daß diese willkürliche Maßnahme auf die unangenehmsten wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sei. Bedauerlich ist, daß in keinem Falle über die Prämienzahlung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung schriftliche Vereinbarungen vorliegen und dadurch den Arbeitnehmerorganisationen jedes Rechtsmittel fehlt, auf dem Klagewege gegen die betreffenden Betriebsleitungen vorzugehen. Die Arbeitnehmerorganisationen betrachten die Maßnahmen der Betriebsleitung als eine Tarifverletzung. Den Vertretern des Arbeitgeberverbandes ist zu verstehen gegeben worden, daß die Rückzahlung von Verabredungen nicht das alleinige Recht des Arbeitgeberverbandes für die Zukunft zu sein braucht.

Kollege Schneider (Erfurt) referierte über die besonderen Verhältnisse in den Nebenbetrieben der Braunkohlen-Industrie. Er berichtet über den Stand der Verhandlungen zwecks Reorganisierung verschiedener Arbeiterkategorien in die Lohnstaffel und über den Verlauf einer Klage in bezug auf die Arbeitszeit vor dem Arbeitsgericht in Weisungen. Auch diese Klage konnte nicht mit Erfolg für unsere Kollegen durchgeführt werden, weil genau wie in vorhergehenden Fällen, schriftliches über Beginn und Ende der Arbeitszeit, Penken etc. nicht vorlag. Auch andere Fragen über die Auslegung des Tarifvertrages für Tagesbetriebe und durchgehende Betriebe waren zur Erörterung, wobei die Unternehmer die weniger günstige Auffassung in der Industrie vertritt haben, um den Delegierten Vertretungen entgegenzusetzen. Alle von uns ergriffenen Maßnahmen scheitern bei der Durchführung, wenn in den verschiedenen Fällen weder schriftliche Vereinbarungen geschlossen sind, noch in den Protokollen der Betriebsvertretungen etwas zu sehen ist. Unsere Kollegen müssen aus diesen Vorgängen lernen und sich auf Verhandlungen mit den Betriebsleitungen nicht mehr einlassen, wenn sie in Zukunft vor Schaden bewahrt bleiben wollen.

Die Diskussion war außerordentlich lebhaft. Von dem Diskussionsergebnis wurde das mit anderen Worten berichtet, was die Teilnehmer gesagt haben. Die Funktionäre führen die Maßnahmen der Betriebsleitung zurück auf die nicht befriedigende wirtschaftliche Lage in der Braunkohlen-Industrie, das Überangebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt und das weniger gute Organisationsverhältnis der Arbeiterklasse. Alle Funktionäre sprachen sich für eine lebhaftere Agitation aus, um ähnliche Maßnahmen der Unternehmer für die Zukunft zu verhindern.

Im Punkt Verschiedenes wurde hauptsächlich über die Klageerhebung diskutiert. Die Angelegenheit des „Klauenkampfes“ auf die Belgischen Kohlen wurde als ein Beispiel für die Klagen erwähnt. In Belgien wurde festgestellt, daß gerade in den Betrieben, wo die Kohlenminen vorübergehend das Lohnniveau herabsetzten über die Zeit des 1. Mai geradezu vernehmlich gestiegen sei. Erklärungsweise war es in allen Fällen, wo eine gewisse Gewerkschaftsbewegung besteht, wenn auch nicht besonders gut, so doch befriedigend ausgefallen.

Papier-Industrie

Herstellungskosten und Löhne.

Nach der „Papierzeitung“ machte Generaldirektor Wessel in der Generalversammlung des Vorrangardkonzerns Angaben über Herstellungskosten, Papierholzkpreise und Löhne in den Betrieben des Konzerns in Norwegen, Schweden und Österreich. Dabei wurde hervorgehoben, daß die Unkosten auf die gleiche Weise berechnet und, die Fabriken in allen drei Staaten nach den gleichen Grundsätzen betrieben werden. Die Berechnung erfolgte nach norwegischen Kronen. Die Umrechnung in deutsche Reichsmark wurde von uns vorgenommen.

Demnach betragen:

- a) Die Herstellungskosten p. Tonne Zellstoff in:
Norwegen Kr. 232,08 = 260,50 Mk.
Schweden Kr. 211,33 = 236,69 Mk.
Österreich Kr. 215,01 = 240,81 Mk.
b) Der Wert des verbrauchten Papierholzes je Tonne Zellstoff in:
Norwegen Kr. 132,- = 147,84 Mk.
Schweden Kr. 108,20 = 118,94 Mk.
Österreich Kr. 107,53 = 120,40 Mk.
c) Der Arbeitslohn je Tonne Zellstoff in:
Norwegen Kr. 47,83 = 53,57 Mk.
Schweden Kr. 33,35 = 37,35 Mk.
Österreich Kr. 35,21 = 39,44 Mk.
d) Der Arbeitslohn je Tonne Sulfatpapier in:
Norwegen Kr. 89,41 = 100,14 Mk.
Österreich Kr. 75,- = 84,21 Mk.

Die Tatsache, daß die Herstellungskosten je Tonne Zellstoff in Norwegen und Österreich über den schwedischen Herstellungskosten liegen, dürfte in erster Linie auf die höheren Papierholzkpreise in beiden Staaten zurückzuführen sein.

Aberstunden

müssen aufs äußerste eingeschränkt werden. Aberstunden sollen nie des Gewinnes wegen geleistet werden, sondern nur, wenn es gilt, Gefahren abzuwenden. Aberstunden

vergrößern

das Elend der monate- und jahrelang schon Arbeitslosen sowie ihrer Frauen und Kinder. Man versetze sich einmal in die Lage dieser Familien,

die

nicht mehr imstande sind, sich richtig zu ernähren, sich Kleider anzuschaffen, deren Menschenwürde geschändet wird durch die Auswirkungen des heutigen Wirtschaftssystems. Aberstunden vergrößern die

Arbeitslosigkeit

und wirken als soziales Übel. Unternehmer, die nur aus Gewinnabsichten Aberstunden leisten lassen, müssen zu sozialem Handeln erzogen werden. Die in Arbeit Stehenden sollen diese Erziehungsarbeit nach Möglichkeit leisten. Sie dienen dadurch sich und der Gesamtheit.

Die von uns immer wieder aufgestellte Behauptung, daß der Arbeitslohn im Rahmen der gesamten Produktionskosten in der Papiererzeugungs-Industrie eine untergeordnete Rolle spielt, wird durch die Ausführungen des Generaldirektors Wessel vom Vorrangard-Konzern treffend bestätigt. Trotzdem die Löhne in Österreich wesentlich niedriger sind als in Schweden, steht der Lohnanteil je Tonne Zellstoff in Österreich rund 2 Mk. höher als in Schweden. Um nur ein Beispiel anzuführen: Nach unserer am 1. Januar 1929 ausgewonnenen internationalen Lohnstatistik betrug der Stundenlohn (in deutsche Währung umgerechnet) für Kochmeister in Schweden 1,23 Mk., dagegen in Österreich nur 57 Pf. Der Lohn ist demnach in Schweden mehr als doppelt so hoch wie in Österreich. Trotzdem ist der Lohnanteil in Österreich höher als in Schweden. Das Anfallige dabei ist, daß die Betriebe in allen drei Staaten nach den gleichen Grundsätzen betrieben werden. Daraus folgt, daß entweder auch die übrigen Roh- und Betriebsstoffe in Österreich wesentlich teurer sind als in Schweden, oder die Lohnsteigerung hat in Schweden wesentlich größere Fortschritte gemacht als in den österreichischen Betrieben des Konzerns. Auf alle Fälle aber ist der Beweis erbracht, daß nicht durch niedrige Arbeitslöhne die Produktionskosten herabgedrückt werden können.

G. Stähler.

Der Kampf um den kanadischen Zeitungsdrukpapierpreis.

Die International Paper Co., die sowohl in Amerika wie auch in Kanada Zeitungsdrukpapierfabriken besitzt und in Kanada rund 20 Prozent des kanadischen Zeitungsdrukpapiererzeugnisses, hatte mit dem Zeitungskonzern Hearst einen fünfjährigen Lieferungsvertrag abgeschlossen, wonach die International Paper Co. sich verpflichtet, während dieses Zeitraumes dem amerikanischen Zeitungskonzern die amerikanische Tonne Zeitungsdrukpapier zu 907 Kilo zum Preise von 55 Dollar zu liefern.

Preisforderung der kanadischen Zeitungsdrukpapierfabriken. Dieser Abschluß der International Paper Co. mit dem Hearst-Konzern würde sich bestimmend auf die Drukpapierpreisbildung der kanadischen Fabriken auswirken. Die kanadischen Zeitungsdrukpapierfabriken behaupten, daß ihnen der Preis von 55 Dollar keinen Nutzen bringe, und verlangen deshalb ein Eingreifen der Regierung. Auf der Jahresversammlung des Vereins kanadischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanen, Ende Januar 1930, in Montreal, erklärte der Leiter der Zeitungspapier-Abteilung, Herr Wilson, daß die im Syndikat vereinigten Zeitungsdrukpapierfabriken den amerikanischen Verlegern das Angebot gemacht hätten, daß der bisherige Preis von 55 Dollar für die erste Hälfte des Jahres 1930 weiter beibehalten werden solle; dagegen sollten sich die amerikanischen Verleger bereit erklären, für die zweite Hälfte des Jahres 1930 einen Tonnenpreis von 60 Dollar anzuerkennen. Der Papieranschlag des Vereins kanadischer Zeitungsdrukpapierfabriken habe aber diesen Vorschlag rundweg abgelehnt. Trotzdem werde versucht, in weiteren Verhandlungen mit den amerikanischen Zeitungsdrukverlegern zu einer Verständigung zu kommen.

Papierarbeiter fordern Preissteigerung.

Wie die „Papierzeitung“ zu melden weiß, wurde eine Abordnung von Arbeitern kanadischer Zeitungsdrukpapierfabriken bei dem Premierminister der Provinz Quebec vorstufte und beklagte sich darüber, daß die kanadischen Fabriken der International Paper Co. wohl beschäftigt seien, während die übrigen Zeitungsdrukpapierfabriken an St. Lawrence nur zu 70 Prozent beschäftigt seien. Diese Überlegung verlangte von der Regierung Abhilfemaßnahmen. Er wurde vom Minister erwidert, daß die Regierung keine Möglichkeit habe, den Fabriken die Erzeugung vorzuschreiben. Es sei

aber ein Abereinkommen zwischen der International Paper Co. und den anderen Zeitungsdrukpapierfabriken zustande gekommen, wonach die International Paper Co. unter der Bedingung, daß sie ihre Betriebe in der Provinz Quebec voll betreiben könne, bereit sei, dafür ihre amerikanischen Betriebe zu schließen. Ferner sei die Regierung bemüht, die International Paper Co. zu veranlassen, daß sie ihren Vertrag mit dem amerikanischen Hearst-Konzern löse. Im übrigen würde der Papierpreis bald in die Höhe gehen, wenn die übrigen kanadischen Zeitungsdrukpapierfabriken untereinander etlig wären.

Die Überproduktion der kanadischen Zeitungsdrukpapier-Industrie.

Ebenso eigenartig wie uns nach deutschen Begriffen das Vorgehen der kanadischen Papierarbeiter in der Papierpreisfrage ammutet, mindestens ebenso eigenartig empfinden wir auch die Stellungnahme der kanadischen Zeitungsdrukpapierfabrikanen in der Produktionsfrage. In der bereits erwähnten Jahresversammlung des Vereins kanadischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanen wies der Vorsitzende, Herr Harold Crabtree, darauf hin, daß im Jahre 1929 2,7 Millionen amerikanische Tonnen Zeitungsdrukpapier in Kanada hergestellt wurden, die überwiegend an die Vereinigten Staaten sowie nach Übersee abgesetzt wurden. Die Errichtung neuer Papierfabriken habe in Kanada eine Überproduktion zur Folge gehabt. Dadurch seien die kanadischen Fabriken nicht in der Lage, ihre Erzeugungsfähigkeit voll auszunutzen. Andererseits habe die Errichtung neuer Fabriken aber auch zur Folge gehabt, daß weniger Papierholz, Holzschliff und Zellstoff aus Kanada ausgeführt wurden und dafür mehr Papier das Land verließ. Solange jährlich weit über 1 Million Cord Papierholz nach dem Auslande ausgeführt würden, wäre es kurzfristig, durch eine Verflüchtigung die Errichtung neuer Papierfabriken in Kanada zu verbieten.

Zeitungspapier-Konferenz in Hamburg.

Die Preisvorgänge auf dem kanadisch-amerikanischen Papiermarkt wurden in letzter Zeit noch dadurch verschärft, daß amerikanische Zeitungsdrukverleger sich bereit erklärten, ihr Zeitungsdrukpapier aus den skandinavischen Staaten zu beziehen, und weiterhin bereit waren, Kapital zur Errichtung neuer Zeitungsdrukpapierfabriken in Europa zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache veranlaßte die europäischen Mitglieder des Internationalen Zeitungspapierauschusses, am 24. Februar 1930 in Hamburg zusammenzukommen. In dieser Konferenz waren beteiligt: Vertreter der Zeitungsdrukpapierfabrikanen aus Belgien, Deutschland, Finnland, Holland, Italien, Norwegen und Schweden. In dieser Konferenz wurden der Stand und die Aussichten des internationalen Zeitungspapiermarktes und das Angebot der amerikanischen Zeitungsdrukverleger, aus Europa Zeitungsdrukpapier zu beziehen, beraten.

Zeitungspapier-Konferenz in Kopenhagen.

Da auf der Hamburger Konferenz eine endgültige Verständigung nicht erzielt werden konnte, sollte nach dem „Hamb. Fremdenblatt“ vom 4. März 1930 eine Fortsetzung dieser Konferenz im März d. J. voraussichtlich in Kopenhagen stattfinden. Die kanadischen Papierfabrikanen wurden durch die Hamburger Konferenz telegraphisch ersucht, Auskunft über die derzeitige Lage auf dem kanadisch-amerikanischen Zeitungsdrukpapiermarkt zu geben.

Zeitungspapier-Konferenz in Quebec.

Ferner sollte nach Mitteilung der „Papierzeitung“ im April oder Mai d. J. die internationale Konferenz der Zeitungsdrukpapier-Verleger in Quebec tagen, um gemeinsam mit den kanadischen Zeitungsdrukpapierfabrikanen die allgemeine Preis- und Wirtschaftslage zu besprechen. Auch hierbei dürfte das Angebot der amerikanischen Zeitungsdrukverleger, ihr Zeitungsdrukpapier aus Europa zu beziehen, eine erhebliche Rolle gespielt haben.

Diese Vorgänge zeigen, daß das Interesse der internationalen Zeitungsdrukpapierfabrikanen an der Preisbildung und den Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt in der Nachkriegszeit immer mehr zu praktischen Resultaten führt. Die Anteilnahme der europäischen Zeitungsdrukpapierfabrikanen am Schicksal ihrer kanadischen Kollegen zeigt deutlich, daß Kräfte am Werke sind, die auf eine internationale Regelung der Produktions- und Absatzbedingungen in der internationalen Zeitungsdrukpapier-Industrie drängen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Für die internationale Papierarbeiterchaft sind aber diese Vorgänge insofern lehrreich, als auch sie scharfer als bisher auf einen internationalen Zusammenschluß aller Papierarbeiterorganisationen in der Fabrikarbeiter-Internationale hinwirken sollten, um auch dadurch engere Fühlung, besonders in Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zu bekommen.

G. Stähler.

Osthusenrich-Konzern.

Nach Mitteilungen der „Papierzeitung“ ist die Wellpappenfabrik Heinrich Krompholz in Dresden in den Besitz des Osthusenrich-Konzerns übergegangen. Dieser besitzt weiteres Wissen bis heute folgende Werke:

- 1. E. F. Osthusenrich, Holz-, Leder- und Graupappenfabrik, Glashütte bei Heidenau;
2. Papierfabrik Herzberg am Harz;
3. Holzschleiferei Herzberg am Harz;
4. Holzschleiferei Sieber am Harz;
5. Wellpappenfabrik Krompholz, Dresden;
6. Osthusenrich, Papierverarbeitungs-Fabrik, Hannover;
7. Osthusenrich, Papierverarbeitungs-Fabrik, Bielefeld;
8. Osthusenrich, Papierverarbeitungs-Fabrik, Köln am Rhein;
9. Osthusenrich, Papierverarbeitungs-Fabrik, Neuß am Rhein.

Breschneider-Konzern.

Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Holzstoff-Fabrikanen, Kommerzienrat Breschneider, befehligt heute folgende Betriebe:

- 1. Papierfabrik Muldenstein, Kreis Witterfeld;
2. Muldensteiner Werke, G. m. b. H., Kreis Witterfeld;
3. Papierfabrik Reichardtshol, G. m. b. H.;
4. Muldensteiner Handelsgesellschaft Breschneider u. Ko., Leipzig;
5. Muldensteiner Bodengesellschaft, Leipzig;
6. Sachsenpapier, AG, Zwickau.

Nahrungsmittel-Industrie

Vorausichtliche Zuckererzeugung in der Kampagne 1930/31.

Um rechtzeitig eine Übersicht über die in der kommenden Betriebszeit zu verarbeitende Rübenmenge zu haben, nimmt der Verein der Deutschen Zuckerindustrie, Abteilung Rohzuckerfabriken, jedes Jahr im Frühjahr eine Umfrage vor, um festzustellen, wieviel Zuckerrüben angebaut sind. Diese Umfragen lassen gewisse Rückschlüsse auf die Zuckererzeugung in der kommenden Kampagne zu. Die Umfragen der früheren Jahre ermittelten das Ergebnis immer ziemlich genau. Im letzten Jahre wurde das Frühjahrsergebnis der Umfrage im Herbst bedeutend korrigiert. Witterungsverhältnisse und der Umstand, daß nicht alle Rüben zu Zucker verarbeitet werden, spielen bei der Zuckererzeugung natürlich eine erhebliche Rolle. Immerhin läßt die Frühjahrsumfrage gewisse Rückschlüsse zu.

Die Umfrage ist von allen Fabriken, die im kommenden Herbst arbeiten werden, beantwortet. Das Anbauergebnis ist in den einzelnen Bezirken verschieden. 13 Bezirke zeigen eine Zunahme beim Rübenanbau, während ein Bezirk eine geringe Abnahme zeigt. Am größten ist die Zunahme in Ostpreußen, Westfalen und Sassen-Rhein und Süddeutschland. Im Durchschnitt des Deutschen Reiches beträgt die Zunahme nicht ganz 6 Prozent.

Ergebnis der Umfrage nach einzelnen Landbestellen.

Table with columns: Landbestelle, Inge- gungen, Vor- aus- setzungen, ge- wisse, Rübenanbau, Vermehrung, etc. Lists various regions like Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, etc.

Ob nun auch die Zuckerezeugung im gleichen Prozentsatz steigen wird, das hängt davon ab, ob das Wetter dem Rübenwuchs günstig ist. Bisher hatten wir in diesem Frühjahr für den Rübenbau günstiges Wetter. Im letzten Winter ist von der Zuckerindustrie eine ziemlich starke Propaganda gegen einen höheren Rübenanbau betrieben worden.

Verschiedene Industrien

Wahlrecht, Wählbarkeit und Abstimmungsrecht in der Zwangsinnung.

1920 wurde die Zwangsinnung für die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher Langewiesen und Umgebung ins Leben gerufen; 1921 die Zwangsinnungen Geraberg und Ilmenau.

Die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher haben im Laufe der Zeit erkannt, daß mit mittelalterlichen, zünftlerischen Einrichtungen weder der Industrie noch den in ihr beschäftigten Hausarbeitern... und Hausgewerbetreibenden geholfen werden kann.

Nun ist die Frage aufgeworfen: „Wer ist bei Auflösung der Zwangsinnung abstimmungsberechtigt?“ Selbstverständlich alle Mitglieder der Zwangsinnung.

Soll eine Zwangsinnung auf Wunsch der Mitglieder geschlossen werden, so müssen vor allem die Bestimmungen des § 100 i. G. beachtet werden. Die Schließung einer Zwangsinnung auf Veranlassung der Mitglieder ist durch das Gesetz nicht einfach gemacht.

- 1. Ein Viertel der Mitglieder, (200 : 4 = 50) also 50, müssen beim Vorstand der Innung schriftlich beantragen, daß ein Beschluß gefaßt werden soll, der besagt, daß durch die höhere Verwaltungsbehörde die Anordnung auf Errichtung der Zwangsinnung zurückgenommen werden soll.
2. Die Vorstandschaft hat nach Eingang des schriftlichen Antrages auf Auflösung der Innung eine Versammlung einzuberufen und in der Einladung zu bemerken, daß über den gestellten Antrag auf Schließung der Innung abgestimmt werden soll.

Nun kann es vorkommen, daß in der anberaumten Versammlung nicht drei Viertel der Mitglieder der Zwangsinnung anwesend sind. Dann können diese auch nicht für oder gegen den Antrag stimmen. In solchen Fällen muß binnen vier Wochen eine zweite Innungsverammlung einberufen werden.

festgestellt. Es kommt da zum Ausdruck, daß alle Thermometer- und Glasinstrumentenmacher, welche innerhalb des Innungsbezirkes Thermometer und Glasinstrumente herstellen, Mitglieder der Innung sind.

Im § 13 der Zwangsinnung Geraberg werden den Zwangsmitgliedern die Rechte in Bezug auf „Wahlberechtigung und Wählbarkeit“ zur Innungsverammlung beschnitten, wenn sie wiederholt länger als ein halbes Jahr mit der Zahlung der Innungsbeiträge im Rückstande geblieben sind.

Festgestellt und festgehalten muß werden, daß es sich bei vorstehenden Paragraphen, welche die Rechte der Mitglieder beschnitten; um Wahl und Wählbarkeit zur Vertreterversammlung handelt, nicht um Abstimmung über die Auflösung der Zwangsinnung.

Bei der Rechtslage ist zu unterscheiden zwischen Wahl oder Wählbarkeit und Abstimmung. Bei der Wahl und Wählbarkeit handelt es sich um die Personen, die entweder wählen oder als Vertreter in die Innungsverammlung gewählt werden können.

Bei der Rechtslage ist zu unterscheiden zwischen Wahl oder Wählbarkeit und Abstimmung. Bei der Wahl und Wählbarkeit handelt es sich um die Personen, die entweder wählen oder als Vertreter in die Innungsverammlung gewählt werden können.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Vorsicht: Elektrische Leitung!

Belanglos kleine Unachtsamkeiten, die täglich immer wiederholt werden, bringen im Laufe der Zeit Beschädigungen der elektrischen Installationen und der elektrischen Gebrauchsgegenstände mit sich.



Beschädigte Isolierungen der Leitungsdrähte, zerbrochene Kontaktfeder, wackelige Steckdosen legen die stromführenden Metallteile der elektrischen Leitungen frei. Es entsteht dadurch also die Gefahr von Kurzschluß und mit ihm eventuell Brandgefahr.

Bankleistung für Arbeitslosenversicherung.

In einer Zeit, in der das Zentrum in Gemeinschaft mit der Volkspartei die Sozialdemokraten aus der Regierung drängte, um leichter den Abbau der Arbeitslosenversicherung durchzuführen zu können, ist ein Urteil über die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung im Jahres- und Geschäftsbereich der Dresdener Bank besonders interessant. Es lautet:

„In einer Wirtschaft mit starker Kapitalbildung und reichlichen Betriebsmitteln wird in einer Krise eine Arbeitslosenunterstützung unter Umständen einen gewissen Ausgleich für Konjunkturschwankungen bilden, weil durch die finanzielle Alimentierung der Arbeitslosen ein plötzlicher gänzlicher Anfall dieser Kreise auch in der Nachfrage nach Verbrauchsgütern vermieden und die Absatzblockade dadurch gemildert werden kann.“

Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber wie die Vorgänge im Reichsparlament zeigen, doch nicht.

Rundschau.

Die A.P.D. im Urteil der Kapitalisten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 56 vom 3. Februar 1930 hatte in einem Artikel über die Funktionen der deutschen Kommunisten erklärt:

„Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleisch der Sozialdemokraten wirken.“

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, das Hauptorgan der deutschnationalen Unternehmer- und Hausbesitzerpartei in der Tschechoslowakei, schreibt:

„Was die große Öffentlichkeit noch nicht weiß und was sich die kommunistisch organisierten Arbeiter vielleicht nicht einmal im Traume einfallen lassen, ist die Tatsache: Die Kommunisten stehen unter dem Schutze der Agrarier.“

Mit den Sozialdemokraten muß man aber verhandeln, und beim Verhandeln muß man immer etwas zugeben. So ist es nicht zu wundern, daß die Agrarier an dem Bestand der kommunistischen Partei direkt interessiert sind.

Vor nicht allzu langem fand bei der Prager Polizeidirektion eine Enquete statt, bei der der Antrag auf Auflösung der kommunistischen Partei ausgearbeitet werden sollte. Die tschechischen Agrarier haben mit allem Nachdruck gegen diese Absicht ihr Veto eingelegt, da gerade durch die Auflösung dieser Partei die Agrarier infolge der daraus entstehenden Stärkung der Sozialdemokraten sehr zum Schaden gekommen wären.

Zuchthäuser ohne Gitter.

Die „Rote Fahne“ Nr. 113 vom 16. Mai 1930 schreibt unter dieser Überschrift:

Während die Fürsorgeanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser der kapitalistischen Länder trotz des Geschwäzes vom humanen Strafvolzug mit jedem Jahre mehr wahre Zwingburgen der bedauernswerten Opfer einer Gesellschaftsordnung werden, in der zwangsläufig das „Verbrechen“ immer üppiger gedeihen muß, bemüht man sich in dem befreiten Lande der Arbeiter und Bauern, in Sowjetrußland, mit wahrhaft revolutionären Mitteln der sozialistischen Erziehung und Vorbeugung das schwierige Problem des jetzt noch vorhandenen Verbrechertums zu lösen.

Sowjetrußlands Strafvolzug vereinigt Gefangene und Bevölkerung zu gemeinsamer kultureller Arbeit. Diese Notiz bestätigt, daß die bolschewistische Diktatoren sehr wohl wissen, daß sie ganz Rußland zu einem einzigen Zuchthaus gemacht haben.

Zwischengewinne im Nahrungsmittelhandel.

Auf der Berliner Mastviehauktion zeigten die Verzehrgenossenschaften auch Tabellen ihrer Gesehungskosten, auf das Kilogramm Lebendgewicht berechnet. Es ergab sich dabei, daß für höchstwertiges Schweinefleisch (Filet und Kotelette) trotz der hohen Frühjahrsgesehungskosten sich das Kilogramm auf 79 Pf., das Pfund also auf 40 Pf. stellt.

Literarisches.

Geschichte Rußlands. Zum Verständnis der russischen Frage gehört die Kenntnis der russischen Geschichte. Jetzt ist ein Buch erschienen, das diese Erkenntnisse vermittelt, ohne zu dem Thema „Für oder wider den Bolschewismus“ Stellung zu nehmen.

Das neue Bücherheft 1930 bringt auf 96 (!) Seiten in geschlossener Einheit von Text und Bild eine Fülle von Beiträgen zum Thema „Reifen und Abenteuer“.

Der Beamte. Vierteljahresschrift für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Falkenberg. Jahrgang 1930, 2. Vierteljahresschrift. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenverbandes m. B. H. Berlin W. 5. Bei Bezug durch den Verlag: Bezugpreis 10 Mk. jährlich; bei Bezug durch die Postanstalten: Bezugpreis 2,50 Mk. vierteljährlich zuzüglich Postgebühren.

Frauenwelt. Das vorliegende Heft 10 der „Frauenwelt“ bringt einen Einleitungsartikel „August Bebel und die Frauen“ von Luise Rastbach. Hermann Babel schreibt über „Luise Michel“ (zu ihrem hundertsten Geburtstag). Über den Bezug von den Kindern des Kindes und seine Bedeutung für die geistige Entwicklung schreibt Prof. Dr. Baer. Dann folgt ein Vortrag einer Schulfrau: „Wozu ist der Schulerzieher?“ Ein gutes Beispiel! bezieht sich auf eine Erzählung, und selbstverständlich fehlt die Fortsetzung des Romans nicht. Ferner enthält die Nummer Beiträge unter den Titeln: „Lapete und Bodenbeleg“, „Medizinischer Briefkasten“, „Lage-Witze für die Küche“, „Wer weiß was?“, „Lohn und Siedung“, „Was gibt es für ein?“, „Aufgeföhren im Hausbau“, „Praktische Witze“ und „Was ich lesen würde“. Auch die Kinder finden wieder ihre Seite. Fünf Seiten über Mode, Waage und Berufsberatung beschließen das wertvolle Heft.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Hollerfickel.

August heißt er und lebt noch. Wenn die Menschen seinen Werkstunden Glauben schenken — und das ist das einzige, was er geschenkt bekommt — ist der Hollerfickel auf der Insel der hunderttausend chinesischen Ungeheuer geboren, mit südtlichem Eisenerwässer gelegentlich eines Schiffbruchs gekauft und schon mit neun Monaten ein stammer Schiffsjunge gewesen.

Was ihm alles auf seinen wilden Seefahrten ins Vorn gelaufen ist, geht auf keine Sechshundertfacht auf.

Wenn er erzählt, der August, von seinen Seeräuber Geschichten, stehen den Zuhörern, besonders den Plattenhabern, ganze Haarpöppe in die Höhe. Ich kann nur sagen, auf mich haben die Geschichten einen ganz wahrhaftigen Eindruck gemacht.

Bitte, stellen Sie sich vor: tausend chinesische Seeräuber haben sich auf Befehl des Hollerfickel selbst gerichtet. Wir schwächen von Suggestion . . . lachhaft, das hat der Seeräuber schon vor hundertdreißig Jahren gemacht. Nach dem Inkalender der hunderttausend chinesischen Ungeheuer ist August nun zweihundert und hat noch kein grünes Haar. Geborene Insulaner werden im Alter meerrün.

Hollerfickel war ein verwegener Jäger. Nach einer von ihm selbst aufgestellten und deshalb unbedingt zuverlässigen Statistik hat der tapfere Mann an die zehntausend Seeräuber erlegt, die gebrauchten Heringe gar nicht eingerechnet.

Weil er schon als erprobter Schiffszimmermann ungeheure Erfolge im Schiffsbau erzielen konnte, kam er als berühmter Mann auf seiner Weltreise auch nach Deutschland. In der Dampfzweigle bei Ulm und Kippe führte der Hollerfickel eine mechanische Windmühle nach chinesischem System ein. Darauf konnten die Unternehmer in Kehlendorf die Arbeitszeit sofort von täglich acht auf zehn Stunden hinaufsetzen.

Da schrie der alte Weltreisende in den Häufen Fabrikler hinein: „Ihr Leppen, so was lassen sich nicht einmal Chinesen bieten, haut in den Sack! Drauf und dran!“

Und sie konnten sich nicht viel helfen, die armen Fabrikler. In kritischer Zeit vergaßen die meisten ihre beste Wehr und Waffe, ihre Gewerkschaft. Was müssen die Arbeiter untereinander lieh, ihre Unternehmer zeigen ihre wahre Natur. Als Sklavenhalter verhandeln sie alle menschliche Kultur. Wer sich von „ihren“ Leuten auflehnt, gegen Lohnzüge protestiert, der fliegt.

Im ganzen Industriebezirk, in allen Branchen und Berufen war der Lenzel los. Wilde Streiks brachen aus. Also folgten die Methoden der Hungerpeinliche von seiten der Unternehmer. Allein, die allgemeine Solidarität der Arbeiter untereinander ließ keinen der Braven verhandeln. Die zusammengebliebenen Kräfte schrieben an den Willen der profitablen Unternehmer wurden erlegt.

Auch der Hollerfickel tat seine dazu und griff: „Die Bluffinger möchte mein Hanskapitel alle um einen Stock höher haben, an einer Halsbinde . . .“

Sie müssen wissen, meine Herrschaften, unser Hollerfickel hat sich ein Hanskapiteltheater angebaut. Damit zieht er von Kaff zu Kaff, vom Bauernhaus zum Einödhof, verulkt, verhöhnt und verpöbelt das blutige Gebräue der sündhaft profitgierigen Fabrikanten und macht auf seine Art das Volk rebellisch.

O du sechskantiger Strohsack, was treibt da unser Hollerfickel für tolle Komödien! Seine ausgepöbelte Seemannslehre läßt er anstreifen im Charakter dieser und jener Unternehmer und die Proleten als eine Heilarmee von Setingen, die das unerfährliche Seemannslehre vor lauter Nächstenliebe frisst. Ein Blick: auch in der Tierwelt herrscht menschliche Nächstenliebe.

Wollen wir schon brav beim Hollerfickel bleiben. Er ist der reinste Landesläufer. Mit seinen Vorstellungen macht er die ganze Umgebung hellhörig. Die einfachen Landleute, sonst ruhig und folgbar, sind jetzt sogar pfarrhausstrotzig.

„Ja, was ham denn die Lente?“ Auf die Frage schallt dreihundertfach die zorndurchwühlte Antwort: „So, wir sollen zusammen, wie Weib und Kinder hungern und Fremde von answärts unsern mit aller Mühe vom Verband geordneten Streik verhungern und verjauern lassen?“

Wollen in die Aufregung hinein bringt der Hollerfickel die Nachricht: kein Wirtshaus, kein Wauer oder sonstiger Privatmann wird die hundert Streikbrecher auch nur eine Stunde über Nacht befallen.

Halt, halt! bleibt noch das Gemeindehaus droben an der Waldspitze, wo die Gendarmen drin jama . . . dort wollen die Gelbbüchler die brave Arbeitervertreter nächstens unterbringen . . . schreit irgendeiner.

Die Gemeindevorsteher kann schon unquartiert. In alle Schutzhäuser verläßt er sich drauf . . . die fremden Krummhölzer, die billiger schaffen, wie wir . . . die jama ka ganze Nacht im Gemeindefest . . . ne ham's die Cholera . . . soll alles Gmehaus is doch die alte Cholerabaracke von demals — lang ist's her, wie die Ortschaften fast ausgehoben jama an der Cholera . . .

Am Abend spielte der Hollerfickel das traurige chromatische Stück: „Die Cholera im Gemeindefest.“

Was kann Gendarm und Gemeindevorsteher, aber die Sache war schon so launisch und rauhna gemacht, daß die Ortsleute keine Ruhe gaben, bis das cholerawürdige Gemeindefest endgültig geschlossen war.

Der August liegt gravitätisch gleich einem Feldwebel dem kleinen Bohnhof zu.

Was will der Hollerfickel in Begleitung des Herrn Gendarmenkommandanten am Bohnhof?

Diese Frage lief in den Hansza rum, die voll erregter Zinessen in der Dorfstraße hinhölperten.

Da in der Ortsgeistlich gehirnisch: „Wenn es Maul halten könnt, sag ich's euch im Vertrauen . . . Der Hollerfickel hat ausbrucht, daß die Fremden, die Ausstreiter, a schwere, aufstehende Krankheit einschleppen . . . drum wendens ernstlich abgesehen . . . in einer halben Stunde geht der Zug mit dem Gmeh . . . aber aus Sammel's willen es Maul halten . . . es is ernstlich . . . ich red als Antisepion.“

Der Gemeindevorsteher schwagt viel. Als Antisepion. Im Vertrauen.

Wollen die Eingeborenen werden nicht enttäuscht. Punktlich geht der Schuch.

Der Gendarmenkommandant meint: „Da schon hin, Schuch, wie der dort macht kein Entsetzen . . . da schon hin, den hats schon . . . wer muß wieder im Krankenhaus bleiben.“

Hört's auf, bei a wenig an Durchfall . . . habet ein anderer. Der Hausmeister vom „Roten Kopf“ weiß aus Erfahrung, vom Kreuzschmerz gibt lebendigen Entlassung. Jehu Fleisch haben die Kerle davon verulkt.

Die kann schon alle damit von der Krankheit . . . frust sich ein . . . Schadenstreiber.

Der Hollerfickel grüßt sich eine Kirchweihnäse und hat wieder ein neues Jungstück für sein Kaspertheater.

Ludwig P. f. f.

Der Freund des Ministers.

Von H. J. No. 99.

In einem angenehmen Herd, mit Leinwandhosen, mit nackten Füßen, einen Strohhut auf dem Kopf, sah Herr Pardevau auf seinem Balkon und sah die Sonne. Gemeindefest gegen unheimliche Hitze. Auf dem Balkon stand ein Tisch mit Wasser, daneben ein Glas und eine Kaffeebohne. Schwere Mäntel

und die noch bei weitem angenehmeren Gerüche aus der nahen Küche kletterten ihm in der Nase — kurz und gut — er genoss das Leben mit vollen Zügen.

Plötzlich schlug er auf den Tisch, daß es nur so bummte — Glas und Flasche tanzten.

„Nein, das ist doch einfach toll!“ fuhr er auf.

„Was ist denn los?“ fragte seine Frau zum Küchenfenster heraus.

Pardevau klaffte mit der zusammengefallenen Zeitung auf dem Tisch: „Mollignac soll Minister werden — hier steht's — er gehört dem neuen Regierungskollock an.“

„Wer ist Mollignac?“

„Das ist ein früherer Klassenkamerad von mir. Ist das nicht einfach großartig? So ein — so ein Bursche. Donnerwetter — ja — so einer, mit dem ich dieselbe Schulbank gedrückt habe — den machen sie zum Minister!“

„Weißt du denn auch ganz genau, daß er es wirklich ist — daß es derselbe . . .“

„Selbstverständlich,“ fauchte der Mann, „hier steht ja sein ganzer Lebenslauf — sie erzählen aus seiner Kindheit — aus seinen Schulfagen — aber — von mir sagen sie natürlich kein Wort! Nein — nein — das stelle man sich doch bloß mal vor — Minister — Minister — so ein Kerl, mit dem ich — duze — haba —“

Herr Pardevau war derartig verblüfft über die Karriere seines ehemaligen Klassenkameraden, wie nur ein Mensch es sein kann, der es selbst zu nichts gebracht hat.

Seine Frau begab sich wieder an ihre Kochtöpfe und dachte nach. Als sie damit fertig war, sagte sie: „Ich finde nun eigentlich, daß du ihm gratulieren solltest.“

„Ich?“ rief Pardevau — „so ein — so ein Streber — so ein — zwei Minuten lang sank er in sich zusammen und sagte kein Wort. Dann fragte er seine Frau: „Warum soll ich ihm denn gratulieren? He —“

„Damit er sich bei dir bedankt“, das wird nämlich unserem Briefträger einen tiefen Eindruck machen, wenn — wenn wir einen Brief von einem, hmhm, Minister erhalten . . .“

Von neuem fing Herr Pardevau zu grübeln an. Er dachte genau so schnell wie ein Dohle. „Jaja — warum denn nicht?“ meinte er schließlich. Ehrlich gesprochen, ich habe nie viel von diesem Mollignac gehalten, aber da er nun mal Minister werden soll . . .“

„Der Minister hat geantwortet!“ triumphierte Mollignac eine Woche später — „ha —“

Er wagte es einfach nicht mehr, Mollignac zu sagen — sein eigenes Prestige forderte geradezu, daß er Minister sagte. Er schwenkte den Brief wie eine Trophäe.

„Er kann sich deiner wirklich entsinnen?“ fragte Frau Pardevau, über ihr Wachsgefäß gebeugt.

„Na und oh!“ gab Pardevau großspurig zurück, „er schreibt gerade von unseren Schulfagen — auch, daß er uns bald besuchen will — er kommt nämlich amtlisch hier in die Gegend — soll irgend etwas einweihen . . .“

„Du mußt ihn dann ganz entschieden zum Frühstück einladen!“ sagte seine Frau mit Nachdruck. Dann pläzt ja einfach der Bürgermeister und seine ganze Sippe vor Reid — und dann sollst du mal sehen, was passiert, wenn wieder Stadtverordnetenwahl ist — dann wollen wir mal sehen — haba —“

„Glänzender Einfall!“ echote Pardevau — und Champagner werden wir servieren, die Pfropfen sollen nur so knallen — die ganze Stadt soll es erfahren, daß mein Freund, der Minister, mich besucht!“

Pardevau's Erwartungen wurden bei weitem übertroffen.

Die kleine Stadt stand einfach Kopf.

Die Zeit, die dem Ministerbesuch voranging, ließ die Herzen des Ehepaars Pardevau vor Stolz schwellen. Ihr Haus umstrahlte geradezu eine märchenhafte Glorioso. Der Bürgermeister und die Stadtverordneten sahen sich genötigt, eine Ehrenpforte zu errichten. Aber man konnte ihnen anmerken, daß sie es nur ungern taten. Sie ärgerten sich grün und gelb bei der Vorstellung, daß der Minister bei Pardevau frühstücken und sie einfach Quast für ihn sein würden. Pardevau hatte überhaupt schon die Macht an sich gerissen, kommandierte und arrangierte — der Bürgermeister ließ sich nicht mehr blicken.

Der Tag kam. Der große Tag.



Pardevau stand auf einer Leiter und führte Regie unter der Ehrenpforte. „Willkommen, Herr Minister!“ war auf ein großes Eis — Leinwand gewirkt, das aufgehängt werden sollte.

Pardevau dirigierte und kommandierte also wie ein Filmregisseur. „So! Dahin! Nein! Tiefer! — Etwas tiefer! Nach rechts! Dann kopf!“

Im Hintergrunde tauchte mit einem Male eine Gestalt auf. Sie kam näher, und es stellte sich heraus, daß es der Bürgermeister war.

Pardevau kroch vor Abernaut — „Na — in einer halben Stunde wird der Herr Minister erscheinen!“

„Goo“, klappte der Bürgermeister mit seiner widerlichen, spigen Stimme — „Sie haben, scheint's, noch nicht Zeit gehabt, die Morgenzeitung zu lesen! Das sollten Sie lieber tun. Dann können Sie sich das Warten sparen!“

Mit diesen Worten überreichte er Herrn Pardevau eine zusammengelegte Zeitung. Pardevau brauchte sie kaum zu entfalten. „Das Ministerium gestürzt!“ stand in riesengroßen Lettern auf der ersten Seite.

„Gestürzt?“ Pardevau geriet ins Wanken. Er glitt buchstäblich wie eine halt- und energielose Puppe die Leiter hinunter.

„Gestürzt!“ murmelte er geistesabwesend. „Teufel noch mal — daß diese Canaillen auch nicht vierundzwanzig Stunden damit warten konnten — nun sehe ich da mit dem ganzen Ministerfrühstück — so eine Gemeinheit.“

(Berechtigter Übersetzung von M. H. Andersen.)

Ameisen im Schwarzwald.

Ein Lehrer ging, als es so schönes Wetter war, mit seinen zehnjährigen Schülern in den Wald hinaus, um ihnen die Herrlichkeit der Natur zu zeigen, aber auch, um einen kurzen Unterricht in Zoologie zu geben.

Eine blühende Waldwiese bot den Spaziergängern gute Sitzgelegenheit. Der kurzschichtige Lehrer nahm auf einer erhöhten Stellung, es war ein Klemmerhaufen, seinen Platz ein.

„Nun wollen wir einmal über die Ameisen sprechen,“ sagte der Lehrer, „paßt mir gut auf!“

Während er also sprach, ließen ihm die Ameisen zu Dutzenden in die offenen Hosenröhren hinein, was die Kinder mit großem Vergnügen beobachteten! Sie sagten weiter nichts, wußten aber, was kommen würde!

„Ich will nun versuchen, euch etwas über . . .“

Zwick, zwick, zwick! Ach, wie ihn da etwas biß. Aber nur nichts merken lassen.

Er rieb heimlich, und die Klemmer ließen weiter und am Bauch des Aehnungslosen hinauf. Dessen Gesicht wurde rot und röter.

„Die Ameisen haben einen wohlorganisierten . . .“

Zwick, zwick, zwick!

Der Lehrer kratzte heimlich wie rasend, riß den Rock auf, bohrte seine Hand hinein, doch seine Augen waren noch starr auf die Schüler gerichtet, die beinahe pläzen wollten vor Lachen.

„Sie — haben — einen — wohl — wohlorganisierten . . .“

Zwick, zwick, zwick! Ihn schien eine Million Teufel zu jucken!

Einige Klemmer ließen ihm schon oben am Kragen zum Hals heraus.

„Was ist denn das?“ rief der Unglückliche.

„Das ist, weil Sie schon die ganze Zeit auf einem Klemmerhaufen hockt!“ rief die ganze Klasse voll Begeisterung.

Der Bequälte sah sich um; entdeckte die peinliche Wahrheit, erhob sich, zu Tode erschrocken, von seinem kribbelnden Sitzplatz und sprang unter Ausstoßen eines greulichen Fluches in den Wald hinein, wo er für den Rest des Tages verschwunden blieb.

Prohibition.

Die Prohibition, ursprünglich eine große staatlich-medizinisch-moralische Veranstaltung gegen Alkoholismus und alle seine Folgen, ist nunmehr zum Sprungbrett zahlreicher Industrien geworden, wie folgender Vorfall beweist:

Auf einem Bahnhof der Vereinigten Staaten der Prohibition verlangt ein zerstreuter deutscher Gelehrter ein Gläschen Whisky. Der Kellner lächelt bedenklich, und dieses Lächeln bringt den Reisenden wieder in die Welt zurück. Es fällt ihm ein, daß er etwas Unmögliches verlangt hat. Der Kellner hilft und sagt: „Wir haben nur schwarzen Kaffee.“ Der Reisende versteht und bezahlt 50 Cent für einen Bon, den ihm der Kellner reicht. Wegen diesen Schein erhält der Gelehrte an einem kleinen, netten Wäffelt aus reizender Mädchenhand ein intimes Gläschen. Er nimmt es geht zurück, trifft wieder den Kellner und sagt: „Wie öffne ich die Flasche?“ Der Kellner zieht wieder einen Bon, diesmal einen für 20 Cent. Dafür gibt es einen Korkenzieher. Ein Trinkgläschen gibt es für 15 Cent, und nun hat der Reisende alles.

Fehlt noch der Rat des Kellners: „Mein Herr“, sagt der Kellner und hält ein ganz klein wenig die Hand auf, „nun Sie mir den Gefallen und öffnen Sie das Gläschen erst während der Fahrt im Zuge. Wir haben sonst Unannehmlichkeiten.“

„Gut“, sagt der Reisende. „Ist der Kaffee auch stark?“ Und er zwinkerte mit den Augen.

„Mokka double“, versichert der Kellner, „aber bitte erst im Zuge.“

Während der Fahrt enthorcht dann der Gelehrte das Gläschen, und es war tatsächlich Kaffee darin, zwei volle Tassen, lauwarm noch, für fünfundsachtzig Cent, jede Tasse mit Trinkgeld 1,78 Reichsmark.

In Deutschland lebt man ohne Prohibition viel billiger. H. B.

Humoristische Ecke.

Geduld, Geduld . . . Neulich traf ich meinen Freund Krause, der seit langen Jahren Wohnung sucht. „Nun? Wie sind die Aussichten? Wird du bald eine Wohnung kriegen?“ fragte ich teilnahmsvoll. „Nein,“ sagte er, „aber es wird schon besser! Man beginnt jetzt mit dem Wiederaufbau Europas!“ (Aus: „Der wahre Jakob.“)

Der Herr Chef wandelt durch die Büros, um nach dem Rechten zu sehen. Herablassend sprach er den Lausungen an: „Nun, Karl, wollen wir beide nicht unsere Posten tauschen?“ „Warum nicht, Herr Direktor,“ grünte Karl. „Also schön, stell dir vor, ich wäre der Lausbursche und du wärst der Direktor. Was würdest du als erstes tun?“ Und Karl: „Ich würde sofort den Lausburschen rantschmeißen!“

Ne, die Sachen!

„Ei, guten Tag, mei Kiewer, aus welchen Grunde, sin Sie denn hier?“

„Aus n Plauschen Grunde.“

„Ich meene, was fier Notize Sie geleidet ham?“

„Au eene Lokomotive.“

„Au aber, das is doch 's reene Theater mit Ihnen.“

„Ja, heernse, da war ich gestern amd.“

„Was ham se denn gegäm?“

„Zwee Mark süzig.“

„Ach, ich meene, was fier a Stück?“

„Au a Zweemärkstük an a Fußger.“

„Ne, was die Schauspieler gegäm ham?“

„Die, die ham gar nisch gegäm, die ham noch was rantschgegrigt.“

„Ich meene, was vor a Theaterstück se gespielt ham?“

„Au das, was uff n Theaterzeddel schand.“

„Nun, wie hieß denn das?“

„Ja, das weech ich doch nich, ich hadde doch keen Zeddel.“

„Au heernse, aus Ihn a is aber wärllich nisch rantschgegrigt.“

„Sühne, das hadd schon mei Lehrer immer gesagt, aber ich hadd es nich aloom molla.“